

Cornelius Friesendorf

Selbstschutz und Fremdschutz als Normenkonflikt?

Das britische Heer im asymmetrischen Krieg

Die Forschung zum Krieg postuliert einen Konflikt zwischen zwei Normen: dem Schutz von SoldatInnen und dem Schutz von ZivilistInnen. Ein Normen-Nullsummenspiel zwischen Selbstschutz und Fremdschutz annehmend, fordern viele AutoRInnen mehr militärische Risikotoleranz, um die Zivilbevölkerung zu schützen. In dem dieser Aufsatz anhand des britischen Heers zeigt, dass es im asymmetrischen Krieg nur bedingt einen solchen Normenkonflikt gibt, nuanciert er die Debatte über militärisches Risikomanagement und die lokalen Folgen westlicher Kriegsführung. In den friedensfördernden Einsätzen auf dem Balkan konnten risikoreiche britische Routinen, basierend auf Erfahrungen aus Nordirland, positive Effekte erzielen. In den Kriegen im Irak und in Afghanistan dagegen war britische Risikotoleranz für ZivilistInnen ineffektiv oder sogar kontraproduktiv: SoldatInnen verursachten nichtintendierte zivile Opfer; es gab Verbrechen an ZivilistInnen und britische Operationen und Taktiken setzten diese der Gewalt von Rebellengruppen aus. Anstatt einen Normenkonflikt anzunehmen oder rein normative Forderungen zu stellen, sollte sich die Forschung stärker empirisch mit Risikomanagement und seinen Folgen beschäftigen.

1. Einleitung*

Viele Arbeiten zum Krieg postulieren einen Konflikt zwischen der Norm des Selbstschutzes von SoldatInnen und der Norm des Fremdschutzes von ZivilistInnen. Dieses Postulat findet sich in der Literatur zur Kriegsführung von Demokratien, zum humanitären Völkerrecht, zur Aufstandsbekämpfung und zum Gerechten Krieg (Barber 2010; Kaempf 2018; Walzer 2006). Daraus folgen Forderungen nach mehr militärischer Risikotoleranz, um ZivilistInnen zu schützen. Den Risikotransfer von Streitkräften auf die Zivilbevölkerung, etwa durch Luftschläge, betrachten KritikerInnen als illegitim (Shaw 2005).

Risikotoleranz bedeutet, dass SoldatInnen – um in den Gemengelagen heutiger Konflikte ZivilistInnen und GegnerInnen voneinander zu unterscheiden und so „Kollateralschäden“ zu verhindern – in deren physischer Nähe operieren und damit die Norm von Selbstschutz kompromittieren. Zum Beispiel sind Fußpatrouillen in Gegenden, in denen RegierungsgegnerInnen operieren, risikoreich, weil sie Einhei-

* Für Informationen und Kommentare danke ich meinen KollegInnen am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und den InterviewpartnerInnen. Für die Unterstützung bei der Literaturrecherche danke ich Carmen Puchinger und Carolin Reichert. Dank gebührt auch den drei anonymen GutachterInnen der zib und den Herausgebern für hilfreiche Kommentare zu einer früheren Version.

ten gegenüber Scharfschützen- oder Mörserangriffen verwundbarer machen, als wenn sie sich in Panzern bewegen oder ihre Lager nicht verlassen.

Dieser Aufsatz stellt die Frage nach der Richtigkeit der Annahme eines Normen-Nullsummenspiels zwischen Selbstschutz und Fremdschutz. Indem er zeigt, dass im asymmetrischen Krieg auch risikotolerante Streitkräfte ZivilistInnen schaden können, stellt er die Debatte über das Risikomanagement westlicher Kriegsführung und die lokalen Folgen auf eine solidere empirische Basis und hinterfragt die gängige Annahme eines Normkonflikts.¹ Mit anderen Worten: Der Aufsatz zeigt, dass es Situationen gibt, in denen die Implementierung der beiden Normen Selbstschutz und Fremdschutz kein Nullsummenspiel ist.

Einsätze des britischen Heers (*British Army*) illustrieren vier Gründe, warum militärische Risikotoleranz risikoreich für ZivilistInnen sein kann. Erstens verursachen Streitkräfte zivile Opfer bei Bodenoperationen in dicht besiedelten Gebieten gegen GegnerInnen, die nur schwer identifizierbar sind. Zweitens erhöht Dauерstress das Risiko, dass SoldatInnen Verbrechen an der Zivilbevölkerung begehen. Drittens führen Angriffe von Rebellengruppen auf Einheiten, die inmitten der Bevölkerung operieren, zu zivilen Opfern. Viertens töten und verwunden RebellInnen oftmals mutmaßliche KollaborateurInnen.

Der Fall des britischen Heers wurde aufgrund der Risikotoleranz der Teilstreitkraft bewusst gewählt. Diese ist in taktischen Routinen institutionalisiert, spiegelt historische Erfahrungen wider und wird durch gesellschaftliche und politische Risikotoleranz ermöglicht. Das britische Heer steht nicht stellvertretend für westliche Streitkräfte, sondern ist ein Sonderfall, der sich zur Prüfung der Annahme eines Nullsummenspiels bei der Normimplementierung eignet. Die Auswahl dieses Sonderfalls korrigiert eine Voreingenommenheit bei der Fallauswahl in der Literatur zu militärischem Risikomanagement. Arbeiten betonen die Risikoaversion westlicher Streitkräfte, was im Falle etwa des US-Militärs und der Bundeswehr zutrifft, aber weniger im Falle des britischen Heers (Friesendorf 2018: Kapitel 5). Auch untersuchen AutorInnen vor allem Situationen, in denen mehr Selbstschutz, insbesondere durch Luftschläge, negative Folgen für ZivilistInnen hat (Watts 2008). Der NATO-Luftkrieg gegen Jugoslawien dient diesbezüglich als exemplarischer Fall. Eine solche Fallstudienauswahl vernachlässigt die direkten und indirekten Folgen von militärischer Risikotoleranz insbesondere bei Bodenoperationen und bestätigt das Postulat eines Normen-Nullsummenspiels.

Bezüglich der Missionen konzentriert sich der Aufsatz auf die britische Aufstandsbekämpfung im Irak und in Afghanistan. Diese Kriege waren die längsten und kostenreichsten für die britischen Streitkräfte nach dem Ost-West-Konflikt und für westliche Demokratien insgesamt. Auch zeigen sich in beiden Fällen paradigmatische Besonderheiten britischer Operationen und Taktiken, die sich vom Vorgehen anderer truppenstellender Staaten wesentlich unterschieden. Der Aufsatz erwähnt auch die Einsätze in Nordirland, in Bosnien-Herzegowina (im Folgenden

1 In asymmetrischen Kriegen kämpft mindestens eine Kriegspartei aufgrund konventioneller Unterlegenheit meist oder ausschließlich aus dem Hinterhalt.

Bosnien) und im Kosovo. Diese drei Einsätze sind wesentlich zum Verständnis des britischen Vorgehens im Irak und in Afghanistan. Auch wurden sie aus Vergleichsgründen einbezogen. Sie zeigen, dass eine niedrige Konfliktintensität das Dilemma zwischen Selbstschutz und Fremdschutz bezüglich ziviler Opfer entschärft. Auf dem Balkan hatten multinationale Verbände nach der Beendigung der Kriege keine militärischen GegnerInnen und verursachten daher keine zivilen Opfer.² Darüber hinaus illustrieren die Balkaneinsätze auch positive Folgen von Risikotoleranz: Britische Truppen konnten mitunter Minderheiten vor inter-ethnischer Gewalt schützen, ohne eigene schwerwiegende Opfer befürchten zu müssen.

Im Irak und in Afghanistan dagegen war das britische Operieren inmitten der Bevölkerung problematisch für ZivilistInnen, aufgrund spezifischer Bedingungen wie einem Mangel an Truppen, Kampfhandlungen in dicht bevölkerten Gebieten und der großen Zahl gut ausgestatteter und rücksichtsloser Gegner. Dies bedeutet nicht, dass die Priorisierung von Selbstschutz etwa durch den Einsatz von Fernwaffen besser wäre. Es bedeutet, dass es im asymmetrischen Krieg nicht unbedingt ein Nullsummenspiel zwischen Selbstschutz und Fremdschutz gibt: Militärische Risikotoleranz kann für die Zivilbevölkerung ineffektiv oder sogar kontraproduktiv sein.

Die Analyse von militärischem Risikomanagement ist methodisch schwierig. Regierungen und Streitkräfte veröffentlichen wichtige Informationen über militärische Praktiken nicht; so sind Einsatzregeln (*rules of engagement*), Techniken, Taktiken und Verfahren (*techniques, tactics, and procedures*), Einsatzpläne (*operational plans*), Wirkungsklärungsberichte (*battle damage assessments*) oder Verfahren zur Vermeidung ziviler Opfer meist nicht öffentlich zugänglich.³ Dies erklärt unter anderem, warum die Forschung zu militärischen Taktiken dünn ist (vgl. Larsdotter 2008). Noch schwieriger ist es, zivile Opfer und zugrunde liegende Kausalmechanismen zu untersuchen. Probleme ergeben sich durch Umstände wie den begrenzten Zugang zum Gefechtsfeld aufgrund von Verminung und der Präsenz bewaffneter Gruppen, der schnellen Beerdigung von Opfern, Unklarheiten bezüglich des Umgangs von Rebellengruppen mit ZivilistInnen und der gängigen Praxis von Konfliktparteien, die Verantwortung für zivile Opfer abzustreiten. Angesichts dieser Hindernisse geht es hier nicht um ein vollständiges Bild militärischer Praktiken und ihrer Folgen für ZivilistInnen. Verschiedene Quellen erlauben allerdings, das Bild zu verdichten. Dies sind insbesondere offizielle Dokumente, Berichte von Medien und Nichtregierungsorganisationen, Erfahrungsberichte von SoldatInnen und wissenschaftliche Arbeiten. Hinzu kommen Hintergrundgespräche auf dem Balkan

2 Aus Sicht des Völkerrechts gibt es Nicht-KombattantInnen, also ZivilistInnen, nur im bewaffneten Konflikt.

3 Beispielsweise lehnte das britische Verteidigungsministerium Anfang 2014 meine Bitte um ein Interview über Verfahren zur Vermeidung ziviler Opfer in Afghanistan mit Verweis auf „operational security“ ab. Eine Forschungseinrichtung, die einen *Freedom of Information*-Antrag über britische Einsatzregeln in Afghanistan gestellt hatte, scheiterte ebenfalls (Action on Armed Violence 2014: 21).

und in Afghanistan mit VertreterInnen truppenstellender Staaten und von Entwicklungsorganisationen.

Der folgende Teil des Aufsatzes untersucht Literaturstränge zu Risikomanagement in Militäreinsätzen und zeigt, dass diese trotz ihrer Vielseitigkeit ein Nullsummenspiel zwischen Selbstschutz und Fremdschutz postulieren. Der dritte Teil deckt die historischen Ursprünge der Risikotoleranz der britischen Streitkräfte auf. Ein vierter Teil widmet sich den Praktiken und Folgen britischer Risikotoleranz in Bosnien und Kosovo. Die Teile fünf und sechs untersuchen das britische Vorgehen und die lokalen Folgen im Südost-Irak und in Südafghanistan. Der Schlussteil diskutiert die Ergebnisse der Analyse und Implikationen für Praxis und Forschung.

2. Das Postulat eines Konflikts zwischen Selbstschutz und Fremdschutz

Die Normen von Selbstschutz und Fremdschutz sind eng mit dem Konzept von Risiko verknüpft. Jeder Militäreinsatz birgt Risiken, nicht zuletzt physischer Art. Risiko bedeutet hier die mögliche Verwundung oder Tötung von Menschen, verbunden mit der Chance, militärische Ziele wie Sieg oder Stabilisierung zu erreichen. Risikotoleranz ist die Bereitschaft, die Verwundung und Tötung eigener KombattantInnen in Kauf zu nehmen, um zivile Opfer zu vermeiden (negative Schutzverpflichtung) oder pro-aktiv die örtliche Bevölkerung vor der Gewalt Dritter zu schützen (positive Schutzverpflichtung). Das Militär kann Risiken reduzieren, aber nicht eliminieren, wenn es die Chance des Erreichens militärischer Ziele nicht aufgeben will. Aus Sicht der NATO sind Opfer „eine Realität militärischer Operationen, und das Verlangen nach ihrer Vermeidung kann sich negativ auf das Erreichen von Missionszielen auswirken“ (NATO 2015: 1–4, eigene Übers.). Das US-Heer definiert Risikomanagement als „den Prozess der Identifizierung, Analyse und Kontrolle von Risiken, die aus operationalen Bedingungen resultieren, und das Treffen von Entscheidungen zum Tarieren von Risikofolgen und Vorteilen für die Mission“ (U.S. Army 2009, eigene Übers.).

Ein zentraler Indikator für Risikotoleranz im asymmetrischen Krieg ist, wie nah Einheiten an der Bevölkerung operieren: je enger der Kontakt mit GegnerInnen, desto höher das Risiko eigener Verluste. RebellInnen sind äußerlich meist nicht von ZivilistInnen zu unterscheiden. Dadurch erhöht sich zumindest kurzfristig das Risiko für SoldatInnen, die sich nicht von der Bevölkerung isolieren. Das Risiko kann sich nochmals erhöhen, wenn Truppen in ungeschützten Fahrzeugen, zu Fuß und ohne Helm oder schussichere Westen patrouillieren. Auch Durchsuchungen und Festnahmen bringen SoldatInnen in unmittelbaren Kontakt zu möglichen GegnerInnen. Das gleiche gilt für Kampfstile: Häuser- und Nahkampf bergen ein höheres Risiko für Streitkräfte als die Verwendung von Distanzwaffen wie Artillerie und Luftkampfmittel (Bomber, Kampfhubschrauber oder bewaffnete Drohnen).

Risikomanagement hat nicht nur Auswirkungen auf die Streitkräfte, sondern auch auf ZivilistInnen. Operationen inmitten der Bevölkerung machen es einfacher, GegnerInnen oder TäterInnen zu identifizieren, was eine Voraussetzung für den geziel-

ten Einsatz von Gewaltmitteln ist. Umgekehrt erhöht der Einsatz von Distanzwaffen das Risiko für Unbeteiligte. Zumindest kurzfristig kann also die Durchsetzung von Selbstschutz oder Fremdschutz auf die Kosten der jeweils anderen Norm gehen. Langfristig dagegen kann ein exponiertes Operieren das Eigenrisiko verringern, etwa wenn die Bevölkerung Informationen über Aufständische liefert, wodurch SoldatInnen Angriffe im Vorfeld verhindern können.

Dass es zu einem Konflikt bei der Durchsetzung verschiedener Normen kommen kann, unterstreicht die Normenforschung in den Internationalen Beziehungen. Eine mittlerweile umfassende Literatur bietet Beispiele für Normenkonflikte, untersucht Varianz bei der Implementierung von Normen und nennt Gründe für eine solche Varianz.⁴ Direkte Bezüge auf das Verhältnis der Normen Selbstschutz und Fremdschutz finden sich in der sicherheitspolitischen Forschung. Arbeiten zur Opferaversion von Demokratien zeigen, dass Opfertoleranz in der Reihenfolge von eigenen ZivilistInnen, eigenen KombattantInnen, fremden ZivilistInnen und fremden KombattantInnen zunimmt (Mandel 2004: 11). Opferaversion führt zur Verlagerung der Risiken auf andere Gesellschaften durch Verwendung von Luftkampfmitteln und Unterstützung lokaler bewaffneter Gruppen (Shaw 2005; Kaempf 2018). Manche AutorInnen nuancieren diese Befunde, indem sie wie Yagil Levy (2012) zeigen, dass bei Demokratien die Aversion gegen Opfer innerhalb der eigenen Streitkräfte je nach betroffener Gruppe variiert.

Auch Arbeiten zum asymmetrischen Krieg beschäftigen sich mit dem Verhältnis von Selbstschutz und Fremdschutz. Zivile Opfer verringern staatliche Legitimität und verstärken die Unterstützung für Rebellengruppen (vgl. Kilcullen 2009). Brutale Vorgehensweisen können zur Besiegung von RebellInnen zwar wirkungsvoll sein (Hazelton 2017). Allerdings sind Praktiken wie die Umsiedlung von ZivilistInnen, wie sie die USA auf den Philippinen oder später Großbritannien in Malaya erzwangen, um Rebellengruppen von Ressourcen abzuschneiden, für heutige Demokratien keine Option mehr. Auch belegen Studien, dass Repression die Erfolgschancen im asymmetrischen Krieg für Staaten verringert (Watts et al. 2014: Kapitel 2).

Die überzeugendste Darstellung der Entstehung der Normen von Selbstschutz und Fremdschutz und des Konflikts zwischen diesen beiden Normen bietet Sebastian Kaempf (2018). Anhand der USA zeigt er, wie sich eine Norm der Nicht-KombattantInnen-Immunität herausgebildet hat. Während staatliche Institutionen nordamerikanische UreinwohnerInnen im 19. Jahrhundert oder JapanerInnen im Zweiten Weltkrieg noch entmenschlichten, änderte sich diese Praxis nach dem Zweiten Weltkrieg. Am deutlichsten zeigten sich Fortschritte bei der Unterscheidung zwischen KombattantInnen und ZivilistInnen – auch ermöglicht durch technologische Innovationen – im Zweiten Golfkrieg 1991. Parallel dazu entwickelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere durch den Vietnam-Krieg, die Aversion gegen eigene Opfer als zweite Norm. In den Kriegen in Somalia, Afghanistan und Irak profitierten laut Kaempf asymmetrisch operierende Gegner der USA von diesem Normenkonflikt. Taktiken wie die Verwendung von menschlichen Schutzschild-

4 Für einen Überblick siehe Bode/Karlsruhe (2018).

den konfrontierten die USA mit dem Dilemma, eine der beiden Normen zu verletzen. Die Tendenz der USA, zivile anstatt eigene Opfer zu akzeptieren, ist laut Kampf wesentlich zur Erklärung der US-Niederlagen in allen drei Kriegen, da zivile Opfer die Legitimität der US-Kriegsführung schwächten.

Das Postulat eines Normkonfliktes findet sich nicht nur in politikwissenschaftlichen Arbeiten, sondern auch in anderen Disziplinen, unter anderem im Völkerrecht. Die Genfer Konventionen und das Zusatzprotokoll von 1977 bieten keine genauen Definitionen der Prinzipien von Proportionalität, militärischer Notwendigkeit und der Unterscheidung zwischen KombattantInnen und Nicht-KombattantInnen, ebenso wenig Formeln, wie sich diese Prinzipien zueinander verhalten.⁵ Stefan Oeter (2008) unterstreicht die Schwierigkeiten von Versuchen, das angemessene Verhältnis von Elementen wie militärischem Vorteil und zivilen Opfern zu definieren. Solche Versuche müssten „eine solch gewaltige Datenmenge und so viele Faktoren berücksichtigen, dass jeder Versuch, eine Formel zu entwickeln, die sowohl allgemeingültig als auch präzise ist, lächerlich wäre. Kurz: Gesunder Menschenverstand ist unersetztlich“ (Oeter 2008: 198, eigene Übers.). Gesunder Menschenverstand unterscheidet sich freilich zwischen Staaten, Streitkräften, Teilstreitkräften, Einheiten und KombattantInnen. Dass die Norm der Nicht-KombattantInnen-Immunität einen großen Spielraum bei der Kriegsführung lässt, zeigt sich daran, dass selbst eine hohe Zahl an zivilen Opfern durch das Völkerrecht gedeckt sein kann.⁶

Hinzu kommt das Problem, dass das Völkerrecht sich nicht explizit zur Norm des Selbstschutzes äußert und damit offen lässt, welches Risiko Streitkräfte eingehen müssen, um zivile Opfer zu vermeiden. Einige VölkerrechtlerInnen erwägen, Maßnahmen des Selbstschutzes in Beurteilungen von Proportionalität einzubeziehen (vgl. Barber 2010: 481-489). Dies ist jedoch eine Mindermeinung. Wegen der Ambiguität bzw. Unterbelichtung der Selbstschutz- und Fremdschutznormen ist ihr Verhältnis zueinander unklar.

Während JuristInnen Rechtsnormen prüfen, untersuchen philosophische Arbeiten zum „Gerechten Krieg“, ob es eine moralische Norm gibt, nach der SoldatInnen Risiken eingehen müssen, um Fremde zu schützen. Die Antworten fallen unterschiedlich aus, selbst innerhalb der Theorie des Gerechten Kriegs. Michael Walzer macht das Dilemma zwischen Selbstschutz und Fremdschutz sichtbar und diskutiert doppelte Effekte, also Situationen, in denen Versuche, Gutes zu tun – wie der Schutz der Kosovo-AlbanerInnen durch die NATO im Jahr 1999 – Schaden anrichten, wie in diesem Fall durch Luftangriffe getötete ZivilistInnen (Walzer 2006: 151-159).

Während Walzer für Fremdschutz plädiert, knüpfen revisionistische Gerechter Krieg-TheoretikerInnen die Gefährdung eigener Einheiten an Bedingungen. Ihr prominentester Vertreter, Jeff McMahan, argumentiert etwa, dass Truppen risikotoleranter sein müssen, wenn es um das Nicht-Töten von ZivilistInnen (die negative Schutzverpflichtung) und nicht um ihren Schutz vor der Gewalt Dritter (die positive Schutzverpflichtung) geht, oder wenn diejenige Seite, auf der die ZivilistInnen

5 Zum Problem, Proportionalität zu definieren, siehe Gardam (2006: 186).

6 Zu Beispielen aus der US-amerikanischen Kriegsführung siehe Tirman (2011).

stehen, einen gerechten Kriegsgrund hat (McMahan 2010). Asa Kasher und Amor Yadlin (2005) gehen einen Schritt weiter. Für sie ist die Unterscheidung zwischen KombattantInnen, die geopfert werden können, und Nicht-KombattantInnen unmoralisch, weil ein Staat das Leben aller StaatsbürgerInnen schützen müsse. Insbesondere in Gebieten, die ein Staat nicht kontrolliere, dürfe der Schutz von ZivilistInnen nicht Priorität vor militärischem Selbstschutz haben (Kasher/Yadlin 2005). Ein Revisionismus, der an der Unterscheidung zwischen KombattantInnen und Nicht-KombattantInnen oder der Immunität letzterer rüttelt, ist ein Fundamentalangriff auf das humanitäre Völkerrecht. Er ist auch aus einer kosmopolitischen Perspektive inakzeptabel, nach der jedes Menschenleben gleich viel wert ist. So betrachtet Martin Shaw doppelte Effekte als illegitim, weil das Kriterium des Einsatzes militärischer Gewalt der Schutz des Lebens Einzelter sein muss (Shaw 2005: 137-138). Mary Kaldor verlangt von Sicherheitskräften, ihr Leben nicht mehr wie früher für das eigene Land, sondern für die Menschheit zu riskieren (Kaldor 2005: 130).

Trotz ihrer unterschiedlichen analytischen Zugänge und normativen Forderungen haben politikwissenschaftliche, völkerrechtliche und moralphilosophische Literaturstrände zu militärischem Risikomanagement eines gemeinsam: Sie gehen von einem Nullsummenspiel zwischen Selbstschutz und Fremdschutz aus. Diese Annahme mag in den idealtypischen Fällen zutreffend sein, um die sich die Debatten drehen, wie die Entscheidung für Bodentruppen oder Bomber. Militärische Praktiken und ihre Folgen sind aber facettenreicher.

Um die Richtigkeit der Annahme eines Normkonfliktes zu prüfen, braucht es einen harten Fall, in dem eine Militärorganisation die Norm des Selbstschutzes nicht über das Erreichen militärischer Ziele stellt. Untersuchungen solcher Fälle und der Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung gibt es bisher nur ansatzweise. In Afghanistan forderte US-General Stanley McChrystal, von 2009 bis 2010 Kommandeur der *International Security Assistance Force* (ISAF), eine Priorisierung des Schutzes von ZivilistInnen und ein höheres militärisches Eigenrisiko. Dieses neue Risikomanagement führte aber paradoxe Weise zu mehr militärischen *und* zivilen Opfern, beispielsweise durch das Einrücken von Truppen in von Aufständischen kontrollierte Gebiete und darauf folgende Kämpfe (Bell/Friesendorf 2014). Auch Kaempf weist auf einen ähnlichen Effekt im Irak hin: Nach der Erhöhung der Zahl an US-Truppen im Jahr 2007 patrouillierten US-Truppen vermehrt zu Fuß, wodurch sich die Zahl an Bodenkämpfen erhöhte, die wiederum zu zivilen Opfern führten (Kaempf 2018: 231).

Weitere Arbeiten deuten an, dass Operationen inmitten der Bevölkerung für diese gefährlich sein können. Die Bürgerkriegsforschung zeigt, dass ZivilistInnen insbesondere dort gefährdet sind, wo Aufstandsbekämpfung oder RebellInnen dominieren, ohne volle Kontrolle auszuüben (Kalyvas 2006: Kapitel 8). In Afghanistan kritisierten Nichtregierungsorganisationen den Versuch der NATO, ZivilistInnen auf ihre Seite zu ziehen: „Wenn eine Konfliktpartei die Bevölkerung zum Preis macht, macht die andere Seite sie zum Ziel“ (Jackson 2010: 6, eigene Übers.). Eine Studie zu Friedensoperationen der Vereinten Nationen deutet darauf hin, dass Gewalt von Rebellengruppen gegenüber der Zivilbevölkerung zunehmen kann, wenn Friedens-

truppen präsent sind, die kein explizites Mandat zum Schutz von ZivilistInnen haben (Hultmann 2010). Auch das humanitäre Völkerrecht problematisiert die Präsenz von Bodentruppen. Laut Gewohnheitsrecht sollten militärische Anlagen nicht in dichtbesiedelten Gebieten installiert werden, da diese ein Risiko für ZivilistInnen darstellen (International Committee of the Red Cross, o.J.).

Zusätzlich zu diesen warnenden Stimmen weist taktische Logik auf paradoxe Effekte von Risikotoleranz hin. Fußpatrouillen benötigen gegebenenfalls Feuerunterstützung, die angesichts der kurzen Reaktionszeit oftmals aus der Luft kommt.⁷ Luftunterstützung birgt Risiken für ZivilistInnen, da Bomben und Raketen mit großer Sprengkraft eingesetzt werden und sich für die Bodentruppen Schwierigkeiten ergeben, PilotInnen auf die richtigen Ziele zu lenken.

Es gibt also nicht nur Stimmen, die ein Nullsummenspiel zwischen Selbstschutz und Fremdschutz annehmen, sondern auch gute Gründe, diese Annahme zu hinterfragen. Für ein Verständnis der Folgen von Risikomanagement sind theoretische Deduktion und normative Forderungen allerdings unzureichend; es bedarf empirischer Untersuchungen. Der Fall des britischen Heers ist aufschlussreich aufgrund der Risikotoleranz und der Vielzahl von Einsätzen unter unterschiedlichen Bedingungen.

3. Die Ursachen und Ausprägungen britischer Risikotoleranz

Wie oben gezeigt, sind die Normen des Selbstschutzes und Fremdschutzes, wie auch ihr Verhältnis, rechtlich underdeterminiert und moralisch umstritten. Wie also kann Risikomanagement in Militäreinsätzen erklärt werden? Sicherheitspolitische Studien, die sich mit Implementierungsfragen beschäftigen, betonen die Bedeutung der staatlichen Ebene, insbesondere inner-militärischer Dynamiken. Das beliebteste Konzept hierbei ist das der Organisationskultur, das AutorInnen heranziehen, um unterschiedliches Verhalten von Streitkräften aus verschiedenen Staaten zu erklären.⁸ Friesendorf (2018: Kapitel 3) schlägt Organisationsroutinen als komplementäres Konzept vor, um Unterschiede beim Einsatz von Gewaltmitteln durch truppenstellende Staaten in multinationalen Missionen zu erklären. Die Studie zeigt, dass andere mögliche Erklärungen wie rationale Problemlösung, internationale und transnationale Normen und internationale Mandate militärische Praktiken unterterminieren. Was (nationale) politische Entscheidungen angeht, so können diese bis auf die taktische Ebene wirken, insbesondere in Staaten, deren politisches Systeme und politisch-strategische Kulturen ein solches „Mikromanagement“ befördern. Allerdings ist selbst in Staaten wie Deutschland, in denen die Politik den Handlungsspielraum des Militärs stark einschränkt, Auftragstaktik – also das Delegieren von

7 Hintergrundgespräch mit einem Generalstabsoffizier der Bundeswehr, Hamburg, 30. Mai 2018.

8 Zu nationalen Unterschieden bei der Aufstandsbekämpfung siehe Long (2016). Zu Unterschieden in Peacekeeping- und Stabilisierungseinsätzen siehe Ruffa (2018).

Entscheidungen von der politischen auf die militärische Ebene und innerhalb des Militärs auf niedrigere Kommandoebenen – im asymmetrischen Krieg ausgeprägt. Gründe hierfür sind, dass kurze Reaktionszeiten eine funktionale Notwendigkeit für SoldatInnen schaffen, selbstständig und schnell handeln zu können, der Politik die zur Kriegsführung nötige Expertise fehlt und ziviles Personal mit Expertise für Wirtschaft und den Aufbau politischer Institutionen in Einsatzgebieten kaum präsent ist. Praktiken im Feld, einschließlich des Umgangs mit Risiken, spiegeln daher militärische Kulturen und Routinen wider. Diese wiederum sind ein Produkt organisatorischer Erfahrungen und in militärischer Ausbildung institutionalisiert.

Im Falle des britischen Heers ist die Organisationsebene entscheidend zum Verständnis des Vorgehens im Feld. Die stark ausgeprägte Tradition von Auftragstaktik hat ihre historischen Ursprünge in der geringen Größe des Heers und der gewaltigen Größe des Empire. Damit zusammen hängt auch die gängige Vorstellung, dass die *British Army* Gewaltmittel im asymmetrischen Krieg gezielt und ausgewogen einsetzt. Demnach kämpfte das Heer nur im äußersten Fall, da es GegnerInnen nur selten allein durch Kampfkraft besiegen konnte; Stabilität war im Empire von einem Mindestmaß an lokaler Zustimmung abhängig (Caniglia 2001: 80). Diese Interpretation wird zunehmend durch revisionistische Arbeiten untergraben, die die Brutalität früherer britischer Einsätze aufzeigen und deren Erfolg hinterfragen (vgl. Mumford 2011). Konsens besteht allerdings weiterhin bezüglich der hohen Risikotoleranz der *British Army*. Das Operieren inmitten der Bevölkerung war für eine kleine Streitmacht, deren VertreterInnen nicht nur militärische, sondern auch politische Funktionen erfüllten, unvermeidlich.

Militärische Risikotoleranz wurde zumindest vor den Kriegen im Irak und in Afghanistan durch den gesellschaftlichen und politischen Kontext ermöglicht. Die britische Öffentlichkeit ist aufgrund der „Erfahrung einer begrenzten Zahl von Opfern in fernen Gebieten aus unklaren Gründen“ (Cassidy 2008: 98, eigene Übers.) relativ opfertolerant. Auch die Politik respektiert weitgehend das Prinzip von Auftragstaktik und toleriert eigene Opfer. Die wesentliche Triebkraft risikotoleranter Praktiken sind aber Erfahrungen des britischen Militärs in Einsätzen. Eine zentrale Quelle organisatorischen Lernens für die Einsätze nach Ende des Kalten Krieges waren hierbei weniger die Kolonial- und Entkolonialisierungskriege, die weit zurücklagen, sondern der Nordirlandkonflikt. In Nordirland waren von den späten 1960er bis zu den späten 1990er Jahren zu jeder Zeit zwischen 20.000 und 30.000 britische Truppen stationiert. Zu Anfang des Einsatzes war der Gewalteinatz disproportional und wenig gezielt. Dies änderte sich aber Mitte der 1970er Jahre, da Brutalität gegen eigene StaatsbürgerInnen unter ständiger medialer Beobachtung politisch nicht tragbar und für die Streitkräfte wegen des Verlusts an Ansehen und damit Informationen kontraproduktiv war (Newsinger 1995). In ihrem Kampf gegen die Irisch-Republikanische Armee (IRA) mussten britische SoldatInnen zudem polizeirechtliche Normen anstatt Kriegsrecht anwenden, was die Schwelle zum Einsatz tödlicher Gewalt erhöhte.

Gleichzeitig verstärkte dieser Ansatz das Risiko britischer Truppen, die mit der Zeit lernten, Fremdschutz über Selbstschutz zu stellen. Aufgaben wie Durchsu-

chungen, Festnahmen und die Unterstützung der Polizei bei Demonstrationen setzten SoldatInnen Angriffen aus (Newsinger 1995). Das gleiche galt für Fußpatrouillen, die eine Reaktion auf die IRA-Praxis darstellten, Fahrzeuge durch versteckte Bomben zu sprengen (Jackson 2007: 147). Um Informationen zu sammeln, versuchten SoldatInnen, so bürgerlich wie möglich zu wirken, etwa durch das Tragen von Barett anstatt Helm. Patrouillen umfassten oftmals nur vier SoldatInnen, die einen Ziegelstein (*brick*) bildeten und von einem Unteroffizier oder einer Unteroffizierin geführt wurden. Diese Formation war in schmalen Straßen sehr bewegungsfähig und die zugehörigen SoldatInnen konnten sich gegenseitig sichern (Miller 1992: 25). Das Heer veränderte sein taktisches Vorgehen ständig, um gegenüber der IRA unberechenbar zu sein, etwa bezüglich der Routen, Ziele, Längen und der Zusammensetzung von Patrouillen (U.S. Marine Corps 1998: 5). Trotzdem war das Risiko hoch, was sich in den Opferraten widerspiegelte. So tötete die IRA sechs Mal so viele Streitkräfteangehörige wie umgekehrt. Ein Hauptgrund war, dass britische Patrouillen nach Angriffen aus dem Hinterhalt nicht zurückschossen, wenn sie GegnerInnen nicht identifizieren konnten. Auch gab es keinen Einsatz von Raketen, Artillerie und Luftschlägen; die schwerste Waffe war das Maschinengewehr (Ledwidge 2011: 184).

Militärische Ausbildung ist eine wesentliche Form der Institutionalisierung militärischer Kulturen und Routinen. SoldatInnen, die für Nordirland vorbereitet wurden, lernten Fähigkeiten in polizeilich-militärischen Grauzonen wie etwa die Festnahme von Personen. Die Grundausbildung auch nach Ende des Kalten Krieges konzentrierte sich dagegen auf konventionelle Kriegsführung und Prinzipien wie überlegene Feuerkraft, Beweglichkeit und Initiative. Dahinter steckte die Annahme, dass sich KämpferInnen leichter an Konflikte mit niedriger Intensität anpassen können als FriedenssoldatInnen an Kriegsbedingungen (Dandeker/Gow 1999: 58). Allerdings bestand eine Lücke, die im Irak und in Afghanistan dazu führte, dass britische SoldatInnen alte Lehren neu lernen mussten: Es fehlte an Ausbildung zur Aufstandsbekämpfung und deren zentralen Prinzipien wie Zurückhaltung beim Einsatz von Gewaltmitteln, Geduld und der Integration von Sicherheit, Entwicklung und guter Regierungsführung. Zwar veröffentlichte das britische Heer 1995 eine Doktrin zur Aufstandsbekämpfung (Ministry of Defence 1995). Obwohl 2001 aktualisiert, spielte diese in der Praxis aber keine Rolle; so gab es an der zentralen Offiziersschule zwischen 1997 und 2008 kaum Ausbildung zur Aufstandsbekämpfung (British Army 2010: 1–3). Die britischen Streitkräfte verließen sich auf die irrite Annahme, bei Bedarf auf weit zurückliegende Erfahrungen zurückgreifen zu können. Hier zeigte sich die Ambivalenz der britischen Heereskultur, die formale Doktrin dem informellen Erfahrungsaustausch durch soldatische Netzwerke und Eigeninitiative zugunsten von Flexibilität unterordnete (vgl. Thornton 2005: 31).

In Nordirland zahlte sich die britische Risikotoleranz aus. Die britischen Streitkräfte konnten den Schaden für Unbeteiligte begrenzen, was eine Voraussetzung für den Friedensprozess war. Diese Leistung wurde durch Kontextbedingungen ermöglicht, darunter die relative Zurückhaltung der IRA, Unbeteiligte zu töten, die zahlenmäßige Überlegenheit britischer Truppen, deren Kenntnisse über die IRA und

die Unterstützung zahlreicher BürgerInnen. In Auslandseinsätzen waren diese Bedingungen nur teilweise oder nicht gegeben, was britische Risikotoleranz ineffektiv oder sogar kontraproduktiv machte. Die folgenden Abschnitte zeigen, dass britische Risikotoleranz auf dem Balkan noch Vorteile, in asymmetrischen Kriegen aber nichtintendierte negative Folgen hatte.

4. Risikotoleranz unter relativ stabilen Bedingungen: Der Balkan

Im Dezember 1995 ersetzten NATO-geführte Truppen eine UN-Blauhelmmision in Bosnien. Das Dayton-Abkommen hatte die Verantwortung der multinationalen Streitmacht in zivil-militärischen Grauzonen wie der Festnahme von Kriegsverbrechern und dem Schutz von ethnischen Minderheiten und RückkehrerInnen kaum definiert. Schnell zeigte sich hierbei eine Varianz in den Praktiken truppenstellender Staaten. Die britischen Streitkräfte fühlten sich auf die Bosnien-Mission aufgrund der Erfahrung in Nordirland gut vorbereitet.⁹ Um inter-ethnische Gewalt zu verhindern und Informationen zu sammeln, operierten britische SoldatInnen inmitten der Bevölkerung. Ihre Lager waren, wie ein Journalist berichtete, durch einfache Drähte abgesichert, während sich US-SoldatInnen hinter hohen Wällen aus Sandsäcken verbargen (Steele 1996). Auch patrouillierten britische SoldatInnen häufig zu Fuß und trugen dabei ihre Gewehre auf dem Rücken (Zaalberg 2006: 260-261).

Die Risikotoleranz der britischen Streitkräfte zeigte sich noch deutlicher beim Einsatz von Spezialeinheiten. Am 10. Juli 1997 versuchten SoldatInnen des *Special Air Service* (SAS), zwei bosnische Serben festzunehmen, die vom Internationalen Kriegsverbrechertribunal gesucht wurden. Die Operation fand in Prijedor statt, einer bosnisch-serbischen Hochburg. Das Kommando erschoss Simo Drlića, nachdem er einen der Soldaten mit einer Schusswaffe verletzt hatte, und ergriß Milan Kovačević, der anschließend in Den Haag verurteilt wurde. In den Jahren darauf war Großbritannien der aktivste truppenstellende Staat bei der Festnahme von Kriegsverbrechern: Bis 2002 führte Großbritannien 15 von insgesamt 28 Operationen (Gow 2006: 64, Fn. 21). Die Risiken solcher Festnahmen für die beteiligten SoldatInnen waren hoch, weil sie nicht nur mit gewaltbereiten Zielpersonen, sondern auch UnterstützerInnen rechnen mussten.¹⁰ Allerdings reduzierte der Konsens der Konfliktparteien auf strategischer Ebene die Wahrscheinlichkeit von Widerstand auf taktischer Ebene. Die niedrige Konfliktintensität entschärftete somit das Dilemma zwischen Selbstschutz und Fremdschutz. Kommando-Operationen konnten positive Schutzeffekte erreichen, ohne umfangreiche Kämpfe auszulösen, die sowohl die internationalen Truppen als auch die örtliche Bevölkerung gefährdet hätten.

9 Hintergrundgespräch mit einem britischen Oberstleutnant, Sarajevo, November 2007.

10 Hintergrundgespräch mit einem Offizier des Kommandos Spezialkräfte, Mannheim, Januar 2014.

Auch im Kosovo zeigte das britische Heer seine Bereitschaft, Selbstschutz nicht über Fremdschutz zu stellen. Nach ihrem Luftkrieg entsandte die NATO im Rahmen der *Kosovo Force* (KFOR) am 12. Juni 1999 Bodentruppen in die Provinz. Diese sollten den Abzug jugoslawischer bzw. serbischer Truppen und die Entwaffnung der Kosovo-Befreiungsarmee (UÇK) sicherstellen und darüber hinaus übergangsweise die öffentliche Sicherheit und Ordnung garantieren. Bei der Umsetzung öffentlicher Ordnungsfunktionen zeigten sich wie schon in Bosnien die Vorteile britischer Truppen.

Nach dem Einmarsch der KFOR führte Großbritannien das Kommando über die *Multinational Brigade Center*, einschließlich der Hauptstadt Pristina. Der erste KFOR-Kommandeur, der britische Generalleutnant Michael Jackson, verlangte die Herstellung öffentlicher Ordnung im Rahmen einer „Kampagne von unten für die Herzen und Köpfe“ der Bevölkerung (zitiert nach: Zaalberg 2006: 332, eigene Übers.). Dies entsprach den Routinen britischer SoldatInnen. Diese patrouillierten zu Fuß, meist in *bricks* und ohne Panzerung (McGrory 1999). US-Einheiten dagegen mussten schweren Körperschutz tragen und durften sich nur in geschützten Fahrzeugen und in Zugstärke von rund 30 SoldatInnen bewegen (Smith 1999). Erst viele Jahre später, als ReservistInnen der *National Guard* das US-KFOR-Kontingent dominierten, verstärkte sich die Interaktion zwischen US-Streitkräften und der Bevölkerung.¹¹

In Pristina schützten britische Einheiten SerbInnen, indem sie diese beim Einkaufen begleiteten, sich in ihren Wohnungen aufhielten oder die Plünderung serbischer Geschäfte verhinderten. Auch im nördlichen Mitrovica, wo französische Truppen Gewalt nicht eindämmen konnten, zeigten sich die Vorteile britischer Risikotoleranz. Im Juni 1999 führte ein britischer Unteroffizier seine Einheit in den französischen Sektor und hinderte 200 kosovo-albanische Personen daran, serbische Unterkünfte zu plündern. Anfang 2000 bildeten britische SoldatInnen eine Kette, um zahlenmäßig weit überlegene kosovarische Demonstrierende auf einer Brücke in den albanisch dominierten Teil von Mitrovica zurückzudrängen. Im März 2004 konnten britische Einheiten die schlimmsten Ausschreitungen der Nachkriegsgeschichte, bei denen 19 Menschen getötet wurden, nicht verhindern, weil sie bereits abgezogen worden waren. Britische Einheiten wurden aber schnell eingeflogen und setzten umgehend Fußpatrouillen ein (vgl. Friesendorf 2018: 149-153).

Britische Risikotoleranz hatte generell positive Folgen auf dem Balkan. In Bosnien genossen britische SoldatInnen ein höheres Ansehen als US-SoldatInnen, denen viele BosnierInnen kein Eingreifen im Fall von Gewalt zutrauten (U.S. Army Peacekeeping and Stability Operations Institute 2000: 12). Die Festnahme von Kriegsverbrechern, insbesondere die oben beschriebene Operation im Juli 1997, brachte konkrete Fortschritte. Viele BürgerInnen von Prijedor und Umgebung fürchteten Drljača nicht nur wegen seiner Grausamkeit zu Kriegszeiten, sondern

11 Interview mit Brigadegeneral John E. Davoren, Kommandeur *Multinational Task Force (MTF) East*, und mit einem Provost Marshall (Kommandeur der Militärpolizei), Camp Bondsteel, Kosovo, 8. Januar 2008.

auch für dessen Verwicklung in Erpressungen und die Verhinderung der Rückkehr von im Krieg vertriebenen Personen. Nach seinem Tod verringerten sich inter-ethnische Spannungen in der Region (Neuffer 2001: 87-189, 332). Auch sandte der Einsatz ein Signal, dass Kriegsverbrechen nicht ungesühnt bleiben würden, was einige Gesuchte dazu führte, sich zu stellen (Gow 2006: 59-62; Meernik 2005: 276).

Im Kosovo konnten britische SoldatInnen häufig Gewalt verhindern. Eine ältere Frau in Pristina sagte, dass sie ohne britischen Schutz getötet worden wäre (zitiert nach: Dimbleby 2000). Während der Rebellion ethnischer AlbanerInnen in der Preševo-Region im Jahr 2000 verringerten britische Operationen entlang der De-markationslinie zwischen Kosovo und (Rest-)Serbien das Einsickern von albanischen KämpferInnen und Waffen in das Kosovo und damit das Risiko eines erneuten Einrückens serbischer Truppen in die Provinz (Di Giovanni 2000).

Neben diesen positiven Schutzeffekten konnten britische Truppen negative Konsequenzen weitgehend vermeiden. Allerdings gab es vereinzelte Vorfälle, die zu Fragen über die Proportionalität des Gewalteinsatzes führten. So erschossen britische Fallschirmjäger im Juli 1999 zwei UÇK-Veteranen in Pristina (Loyd 1999). Im selben Jahr verprügeln SoldatInnen einige kosovo-albanische Personen, die serbische Personen in Pristina bedroht hatten (Zaalberg 2006: 333). Zudem relativieren Kontextfaktoren den positiven Gesamteindruck. Erstens waren Schutzeffekte sporadisch anstatt systematisch. In Bosnien, selbst in Gegenden unter britischem Kommando, gab es weiterhin inter-ethnische Gewalt. Das gleiche Problem bestand im Kosovo. Es fehlte britischen Einheiten an nötigen Informationen (*actionable intelligence*), zivile Institutionen waren schwach, parteiisch oder nicht vorhanden und Gewalt wurde durch die leichte Verfügbarkeit von Kleinwaffen und Brutalisierungseffekte des Kriegs gefördert. Die Grenzen britischer Risikotoleranz zeigten sich etwa in Pristina: Während vor dem Krieg rund 40.000 Serben in der Stadt lebten, waren es Anfang 2000, trotz der oben beschriebenen britischen Schutzversuche, nur noch mehrere hundert (Pringle 2000). Zweitens verhinderte eine relativ gute Sicherheitslage, dass die britische Präsenz Unbeteiligten schädigte. Von 1992 bis 2015 wurden 72 britische SoldatInnen auf dem Balkan getötet. Allerdings waren nur 13 Todesfälle das Ergebnis von Angriffen, die zudem während des Bosnien-Krieges, nicht nach dem Krieg stattfanden. Die weiteren Todesfälle waren Unfälle oder Selbstmorde (Ministry of Defence 2015: 4). Die Führer der Konfliktparteien stimmten, wie oben erwähnt, der internationalen Militärpräsenz zu, weshalb es keine bedeutenden Kämpfe gab. Wie die nächsten Abschnitte zeigen, war das Ausmaß der Gewalt im Irak und in Afghanistan weitaus höher und die lokalen Folgen britischer Einsätze weitaus dramatischer.

5. Risikotoleranz im Krieg I: Der Irak

Es mangelt nicht an Kritik an der britischen Kriegsführung im Irak nach der Invasion im März 2003. So zeichnet der 2016 veröffentlichte Bericht *The Iraq Inquiry* die Probleme genau nach (The Iraq Inquiry 2016). Diese betreffen nicht nur die Ent-

scheidung Tony Blairs, Großbritannien zum Juniorpartner der USA zu machen, sondern auch das Versagen der britischen Streitkräfte, für Sicherheit in den vier südlichen Provinzen zu sorgen, die unter britischem Kommando standen. Des Weiteren werden Koordinationsprobleme zwischen britischen Regierungsstellen sowie die Arroganz britischer OffizierInnen kritisiert, welche die USA selbst dann noch auf die britische Erfahrung bei der Aufstandsbekämpfung hinwiesen, als diese Großbritannien bei Doktrin und Praxis überholt hatten.

Das Operieren inmitten der Bevölkerung blieb auch im Irak ein britisches Markenzeichen, trotz des hohen Ausmaßes an Gewalt. 178 Angehörige der britischen Streitkräfte kamen ums Leben, davon 135 durch Feindeinwirkung (Ministry of Defence 2015: 4). Noch viel dramatischer, wenn auch in ihrem genauen Ausmaß unbekannt, waren die Auswirkungen für irakische ZivilistInnen: Britische SoldatInnen und ihre Gegner verursachten zivile Opfer und es gab Verbrechen an der Zivilbevölkerung auf beiden Seiten, obwohl sich die britischen Streitkräfte bemühten, ZivilistInnen zu schützen.

In der Frühphase der Bodenoperationen konnten britische Truppen ein Dilemma zwischen Selbstschutz und Fremdschutz vermeiden. Bei der konventionell geführten Schlacht um die südirakische Stadt Basra vom 21. März bis 6. April 2003 setzten britische Streitkräfte schwere Artillerie, Panzer, Kampfhubschrauber und Kampfflugzeuge ein. Bodentruppen stürmten Basra nicht, sondern belagerten die Stadt, um Saddam-treue Kämpfer herauszulocken und im offenen Feld zu bekämpfen. Im Häuserkampf hätten die britischen Truppen ihre konventionelle Überlegenheit eingebüßt und es hätte viele zivile Opfer geben können. Um letztere zu vermeiden, setzten britische Truppen Mittel wie die AS90-Panzerhaubitze zurückhaltend ein und ermöglichten der Zivilbevölkerung, Basra zu verlassen (Action on Armed Violence 2014: 8-12).

Während dem britischen Heer bei der Schlacht um Basra seine Manöverfähigkeit und Kampfkraft zugutekam, musste es nach dem Einrücken in die Stadt vier Jahre lang einen asymmetrischen Krieg führen, der zu einem Debakel wurde. Auf Plünderungen von Geschäften und Regierungsgebäuden folgten Plünderungen von Privatwohnungen, Morde, Entführungen und die Vertreibung von SunnitInnen und ChristInnen (Human Rights Watch 2003: 3). Britische Truppen setzten auf das altbewährte Mittel von Patrouillen, von denen sie allein in Basra bis zu 2000 pro Woche durchführten (Chin 2008: 129). Sie interagierten mehr mit der Bevölkerung als US-Einheiten und setzten Gewaltmittel ein, wenn Plünderer Schusswaffen verwendeten (Human Rights Watch 2003: 7-9). Unterhalb dieser Schwelle ließen sie Kriminalität aber weitgehend gewähren, was einer Verletzung völkerrechtlicher Verpflichtungen für eine Besatzungsmacht gleichkam.

Für dieses Versagen gab es viele Gründe, von denen einige auch für das Verständnis ziviler Opfer wichtig sind. Ein wesentliches Problem war der Mangel an Truppen. Im Mai 2003 waren noch 26.000 britische Truppen im Südostirak stationiert, im Juli nur noch 9.000. Basierend auf Fällen erfolgreicher Stabilisierung wie in Nordirland wären für die Stabilisierung von Basra nach dem Ende des Hussein-Regimes rund 50.000 SoldatInnen nötig gewesen (House of Commons 2004: 156).

Während in Nordirland auf einen Soldaten oder eine Soldatin rund 50 EinwohnerInnen kamen, waren es im Fall des Iraks im Jahr 2003 rund 370 (Chin 2008: 128). 2003 waren nur 1.000 SoldatInnen in Maysan stationiert, einer Provinz so groß wie Nordirland, die die Stadt Ammara mit ihren 400.000 Einwohnern einschloss. Im Oktober 2003 war ein britischer Major in seinem Bereich in der Provinz Basra für die Sicherheit von 150.000 EinwohnerInnen auf einer Fläche von 70 Quadratmeilen verantwortlich, die Dutzenden, oftmals sich bekämpfenden Stämmen angehörten; hierzu verfügte er über 137 SoldatInnen (Neely 2003). Auch in den Jahren 2004 bis 2006 operierte Großbritannien maximal in Brigadestärke von rund 5.000 SoldatInnen, was zu wenig war, um Gebiete nicht nur zu erobern (*clear*), sondern auch zu halten (*hold*) (British Army 2010: 4–1–4–3). Die geringe Truppenstärke war nicht zuletzt eine Folge der Reform der britischen Streitkräfte nach Ende des Kalten Krieges, die – um mit den USA mitzuhalten – zu mehr Investitionen in Hochtechnologie führte, auf Kosten der Infanterie, die für asymmetrische Kriege zentral ist (Betz/Cormack 2009: 328). Wegen ihrer geringen Truppenstärke versuchte Großbritannien, möglichst schnell irakische Sicherheitskräfte aufzubauen. Nicht zuletzt aufgrund fehlenden Wissens über lokale Netzwerke wurde insbesondere die Polizei allerdings schnell von Milizen dominiert. Die neuen Institutionen verteidigten Partikularinteressen, insbesondere die Absicherung der politischen Macht verschiedener schiitischer Gruppen und die Rentenwirtschaft, einschließlich Einkünfte aus Schmuggel. Die Bevölkerung hatte keine Wahl, als sich dem Diktat der örtlich dominanten Machthaber zu beugen (International Crisis Group 2007).

5.1 Der eskalierende Aufstand

Während sich die Gewalt in der Frühphase der Besatzung gegen wirkliche und vermeintliche Anhänger des Hussein-Regimes und nicht-schiitische Gruppen richtete, veränderte sich die Situation spätestens am 24. Juni 2003 deutlich, als irakische Kämpfer sechs britische Militärpolizisten töteten. Diese hatten ohne Verstärkung, mit wenig Munition und mit veralteten Funkgeräten eine Polizeistation in einer Kleinstadt aufgesucht. Die Aufständischen wurden von einem Mob unterstützt, der Rache für zivile Opfer forderte, die britische Fallschirmjägerpatrouillen bei der Beschlagnahmung von Waffen angeblich verursacht hatten (Townsend 2006).

Es folgten jahrelange Kämpfe gegen schiitische Milizen, insbesondere die vom radikalen Kleriker Moqtada al-Sadr angeführte Jaish al-Mahdi (JAM) und die vom Iran unterstützte Badr-Brigade. Im August 2004, als die Gewalt durch JAM ihren Höhepunkt erreichte, gab es über 850 Angriffe auf britische Patrouillen und Basen (Chin 2008: 131). Bei Nahkämpfen setzten britische SoldatInnen sogar Bajonette ein (Wyatt 2009). Risikoreich waren auch britische Versuche, Gegner gefangen zu nehmen. Für diese Operationen verwendeten britische Kommandos routinemäßig Land Rover, die gegen improvisierte Sprengsätze (*improvised explosive devices*, IED) keinen Schutz boten. Das britische Militär nutzte diese Fahrzeuge noch Jahre später, nachdem bereits viele SoldatInnen in ihnen getötet worden waren. Es be-

durfte parlamentarischen Drucks, mehr gesicherte Fahrzeuge bereitzustellen (House of Commons 2006: Ev 17). Forderungen nach besserem Schutz, etwa durch mehr gepanzerte Fahrzeuge, waren weniger dominant als Forderungen nach Senkung der Risikotoleranz und der vom britischen Unterhaus konstatierten militärischen *can-do attitude* (House of Commons 2006: 22).

Die Bereitschaft, Risiko zum Zweck der Missionserfüllung einzugehen, zeigte sich auch am Widerstand gegen die Zentralisierung von Entscheidungen über soldatischen Selbstschutz. Viele OffizierInnen kritisierten, dass KommandeurInnen auf strategischer Ebene zunehmend über Fragen wie den Umgang mit IEDs und damit über das Verhältnis von Selbstschutz und Missionserfüllung entscheiden konnten (British Army 2010: 11, 4–16). Eine noch deutlichere Ausprägung von Risikotoleranz waren Patrouillen: SoldatInnen patrouillierten noch 2006, als die Gefahr von Angriffen sehr hoch war, zu Fuß und ohne Helm, wenn die Patrouillenführer das Risiko als akzeptabel einschätzten.

Allerdings sah auch das britische Heer immer deutlicher, dass die Mission zum Scheitern verurteilt war. Im Herbst 2006 plädierte der Generalstabschef öffentlich für einen Truppenabzug, da die britische Präsenz die Sicherheitslage verschärfe (Sands 2006). Von September 2006 bis Februar 2007 unternahmen die britischen Streitkräfte im Rahmen der *Operation Sinbad* einen letzten Versuch, die Oberhand über Milizen zu gewinnen: Sie führten Razzien zur Konfiszierung von Waffen durch, sperrten Stadtviertel ab und vertrieben Milizen aus Polizeistationen – ohne nachhaltigen Erfolg. Nach *Operation Sinbad* stieg die Zahl der Angriffe auf ein Maß, dass selbst britische Truppen den Sinn des Verlassens ihrer Lager bezweifelten (International Crisis Group 2007). Jedoch waren auch die Lager Angriffsziel. Anfang Juni 2007 überrannten JAM-Kämpfer fast das *British Provincial Coordination Centre* im Zentrum von Basra, das zuvor wochenlang Ziel heftiger Angriffe gewesen war. Im Juli wurde durchschnittlich alle drei Tage ein britischer Soldat oder eine britische Soldatin getötet. Laut einem Kommandeur brachte jede Operation in Basra eine lange, blutige Abnutzungsschlacht mit sich, „wie das Durchlaufen eines Minenfeldes unter direktem und indirektem Feuer“ (zitiert nach: Wither 2009: 622–623, eigene Übers.). Im September 2007 zogen sich britische Streitkräfte schließlich aus der Stadt zum Flughafen zurück, was die JAM als Sieg interpretierte. 2009 schließlich wurden die verbliebenen 4.000 britischen SoldatInnen bis auf wenige AusbilderInnen aus Basra abgezogen; 2011 verließen die letzten britischen Truppen den Irak.

5.2 Folgen britischer Kriegsführung für die Zivilbevölkerung

Der Irak illustriert auch die Folgen britischer Risikotoleranz für ZivilistInnen. Mitunter erzielten britische SoldatInnen positive Schutzeffekte. So stürmten sie am 25. Dezember 2006 ein Gefängnis in Basra, da vermutet wurde, dass die dortige Polizeieinheit Gefangene exekutieren werde. Sie befreiten 127 Gefangene, von denen einige gefoltert worden waren (BBC News 2006). Die negativen Folgen von

Risikotoleranz überwogen allerdings, auch wenn es über zivile Opfer nur Schätzungen gibt. So berichtet die Initiative *Iraq Body Count*, dass britische Truppen vom 20. März 2003 bis zum 22. Mai 2011 an Vorfällen beteiligt waren, bei denen je nach Schätzung 137 bis 165 ZivilistInnen getötet wurden. Weiter schätzt die Initiative, dass britische Streitkräfte im Irak weitere 45 bis 95 zivile Opfer verursachten, die nicht genannten Koalitionsstreitkräften zugeordnet worden waren (*Iraq Body Count* 2014). Auch Kompensationszahlungen weisen auf zivile Opfer hin. 2017 bearbeitete das britische Verteidigungsministerium noch 628 Kompensationsforderungen. Bis dahin hatte es schon 331 außergerichtliche Einigungen gegeben und das Ministerium hatte 22 Millionen britische Pfund an irakische Personen und Familien ausgezahlt (Cobain 2017).

Laut eigener Darstellung kämpfte das britische Heer, ohne große Kollateralschäden zu verursachen; SoldatInnen setzten kaum indirektes Feuer und Luftschläge ein und kämpften im Rahmen von Operationen weniger mit verbundenen Kräften (eine Gefechtsführung, die mehrere Teilstreitkräfte einschließt) als in Afghanistan (British Army 2010: 4–8). Fallstudien belegen aber, dass SoldatInnen ZivilistInnen in unterschiedlichen Situation verletzten und töteten: während Demonstrationen, bei denen Einheiten unter Beschuss gerieten; bei Bodenkämpfen nach Angriffen von Patrouillen oder Suchtrupps durch Milizen; wenn SoldatInnen irrtümlich waffentragende Personen oder Freudenfeuer als Gefahr wahrnahmen; und an statischen Kontrollpunkten (Amnesty International 2004). Viele zivile Opfer waren eine indirekte Folge der britischen Praxis, nah an der Bevölkerung zu operieren. Es war schwierig für SoldatInnen, im Nebel des Gefechts Unbeteiligte von Gegnern zu unterscheiden, die keine Uniform trugen und ZivilistInnen als menschliche Schutzschilden nahmen. Ein zentrales Element zum Verständnis ziviler Opfer als Folge der britischen Truppenpräsenz war das Operieren in kleinen Einheiten. Ein solches Vorgehen entsprach britischen Routinen, war aber auch durch den erwähnten Truppenmangel bedingt. Konventionell schwächere Gegner greifen eher kleine als große Einheiten an (Betz/Cormack 2009: 329). Auch waren kleine Einheiten, um nicht überrannt oder aufgerieben zu werden, von überlegener Feuerkraft abhängig, einschließlich Artillerie und Luftunterstützung.

Zusätzlich zu Kollateralschäden führte die britische Truppenpräsenz zu einer weiteren Form von zivilem Leid: Verbrechen an ZivilistInnen. So wurde 2007 ein britischer Unteroffizier von einem Militärtribunal für die Misshandlung des Hotelportiers Baha Mousa mit Todesfolge verurteilt – die erste Verurteilung eines britischen Soldaten wegen Kriegsverbrechen (Bennett 2014). Noch viele Jahre nach diesem Prozess beschäftigten sich britische Gerichte und auch der Internationale Strafgerichtshof mit Fällen, in denen britische SoldatInnen der grausamen und unmenschlichen Behandlung von Gefangenen beschuldigt wurden. Weitere Anschuldigungen betrafen den unverhältnismäßigen Gewalteinsatz außerhalb der Lager. Die Taten wurden von wenigen SoldatInnen in einem Kontext von mangelnder Kontrolle und Dauerstress begangen. Aufgrund der geringen Zahl von SoldatInnen konnten OffizierInnen ihrer Aufsichtspflicht (ein Hauptelement von Auftragstaktik) zu selten nachkommen; auch gab es zu wenige SoldatInnen, die für Verhöre aus-

bildet waren, wie auch zu wenige MilitärpolicistInnen (British Army 2008: 6–9). Die dünne Personaldecke bedeutete Überforderung und Schlafmangel. Ein Offizier, der während des Prozesses um Baha Mousa verhört wurde, sagte, dass er mitunter 30 Stunden ohne Unterbrechung gearbeitet hatte. Unter diesen Belastungen wurden Befehle oftmals nur mündlich kommuniziert, was das Risiko ihrer Nichtumsetzung erhöhte (Gage 2011: 16). Auch Rachemotive spielten wahrscheinlich eine Rolle. So sagte der Kommandeur der Einheit des später für Kriegsverbrechen verurteilten Unteroffiziers, dass die Gefangenen der Tötung britischer SoldatInnen verdächtigt wurden (Gage 2011: 146).

Ein britischer Richter, der einem Mordprozess gegen einen Soldaten vorsaß, betonte, dass „die Truppen unter furchtbaren physischen Bedingungen arbeiteten und nie wussten, wann eine scheinbar harmlose Situation zu einem tödlichen Angriff werden würde“ (zitiert nach: Kerr 2008: 408, eigene Übers.). Das hohe Stressniveau hing auch mit der Schwierigkeit zusammen, ZivilistInnen und KämpferInnen voneinander zu unterscheiden. Auch waren SoldatInnen angewiesen, nach dem Prinzip von „mutiger Zurückhaltung“ (*courageous restraint*) zu handeln, also hohe Eigenrisiken bei der Abwehr von Gefahren zu akzeptieren (The Iraq Fatalities Investigation 2015: 31). Paradoxerweise schuf damit der Versuch, die Zivilbevölkerung zu schützen, Bedingungen, die Risiken für ZivilistInnen erhöhten.

Die britische Operationsführung verschärfte ein weiteres Problem: die Verursachung ziviler Opfer durch Milizen. Manche ZivilistInnen starben beim Angriff von Milizen auf britische Patrouillen (vgl. Whitehead 2011). Andere wurden Opfer von Angriffen auf britische Basen (Abdul-Ahad 2007). Zu zivilen Opfern kam es insbesondere in dicht besiedelten Gebieten, wie beim Beschuss britischer Fahrzeuge in Basra durch Mörsergranaten (British Army 2010: 4–5). Nicht alle zivilen Opfer waren unbeabsichtigt; Milizen griffen auch „Kollaborateure“ an. Allein in einem Zeitraum von drei Wochen im Herbst 2006 entführten und ermordeten Milizen in Basra 21 IrakerInnen, die für das britische Heer übersetzt hatten (Sands 2006). Vorsichtsmaßnahmen wie das Tragen von Masken konnten aufgrund des hohen Interaktionsgrades mit der Bevölkerung nicht verhindern, dass Milizen ÜbersetzerInnen identifizierten.

Britische Risikotoleranz ist also wichtig zum Verständnis von zivilen Opfern, die von britischen SoldatInnen oder ihren Gegnern, sowohl nicht-intendiert als auch intendiert, verursacht wurden. Ein Normen-Nullsummenspiel gab es wegen des Mangels an Truppen und der Stärke der Gegner nicht. Problematisch war auch der Mangel an britischen Aufklärungsfähigkeiten, insbesondere menschlicher Aufklärung (*human intelligence*); dieser zeigte sich unter anderem an zivilen Opfern, die im Rahmen britischer Razzien verursacht wurden. Auch die Ruchlosigkeit der Gegenseite machte Risikotoleranz zwecklos und letztlich gefährlich. Irakische Milizen setzten Selbstmordattentäter ein, verwendeten ZivilistInnen als Schutzschilder, folterten und ermordeten Gefangene und terrorisierten die Bevölkerung mit religiösem Fanatismus. Aufgrund dieser Kontextbedingungen produzierte die Annahme, die Bedingungen in Irak seien ähnlich stabil wie in Nordirland seit Mitte der 1980er Jahre oder wie auf dem Balkan, Fehlschlüsse (British Army 2010: 1–3–1–4).

6. Risikotoleranz im Krieg II: Afghanistan

Auch in Afghanistan war Großbritannien der wichtigste Verbündete der USA, sowohl im Rahmen der Anti-Terror-Operation *Enduring Freedom* als auch der ab 2003 von der NATO geführten ISAF. Nach Beginn des Krieges dauerte es einige Jahre, bis sich die Taliban neu formierten. In dieser Zeit dominierten bei den britischen Streitkräften die aus Nordirland und vom Balkan bekannten Routinen. In Kabul patrouillierten britische Truppen häufig zu Fuß, selbst in Stadtvierteln mit hoher Kriminalität (Carroll/Norton-Taylor 2002). Im Mai 2003 wurden britische Truppen in Nordafghanistan stationiert. Ihre Patrouillen dort unterschieden sich wesentlich beispielsweise von denen deutscher Truppen, die nur kurz und mindestens in Zugstärke von 20 bis 30 SoldatInnen patrouillierten, Körperpanzerung trugen und ihre Waffen schussbereit hielten (Larsdotter 2008: 362–363). Unterschiedliches Risikomanagement zeigte sich auch daran, dass Großbritannien innerhalb der ISAF vergleichsweise geringe nationale Vorbehalte (*caveats*) hatte (Auerswald/Saidemann 2014: 117).

Im Jahr 2006 setzte sich Großbritannien für die Ausweitung der ISAF in den Süden Afghanistans ein. In der Provinz Helmand sollten britische SoldatInnen an Kämpfen teilnehmen, deren Intensität die Gewalt im Irak weit übertraf. Im April 2006 wurden 500 Infanteristen des Fallschirmjägerregimentes 3 *Para* nach Helmand verlegt, als Vorhut der *16 Air Assault Brigade*, der luftbeweglichen, leichten Elitebrigade des Heers. Die Brigade war der erste Gefechtsverband (*task force*) in Helmand; dieser wechselte in den kommenden Jahren alle sechs Monate. Der britische Plan sah die Verlegung von Truppen in Bevölkerungszentren vor, von denen aus die Regierungspräsenz wachsen sollte (wie Ölklecke, *ink spots*). Anfangs gab es kaum Widerstand gegen die britischen SoldatInnen, die vom Hauptquartier Camp Bastion in der Provinzhauptstadt Lashgar Gar und im Wirtschaftszentrum Gereshk wie gewohnt versuchten, Vertrauen zur Bevölkerung aufzubauen. So liefen Fallschirmjäger zu Fuß Patrouille, „mit weichen Wüstenmützen anstatt unseren Fallschirmjägerhelmen, um nicht bedrohlich zu wirken“ (Tootal 2009). Solange sie auf keine organisierten Gegner trafen, hatte dieses kalkulierte Risiko keine negativen Auswirkungen auf die örtliche Bevölkerung und sorgte für Vertrauen bei denjenigen, die sich staatliche Institutionen wünschten.

6.1 Britische Truppen als Ziele

Im Sommer 2006 besetzten britische Truppen aber die Kleinstädte Sangin, Musa Qaleh und Now Zad im Norden Helmands. Angesichts der geringen Zahl an kampffähigen SoldatInnen (alle mittleren und schweren Brigaden des britischen Heers waren zu dieser Zeit im Irak gebunden) und der großen Entfernung (Helmand ist fast so groß wie die Republik Irland) hatten die Einheiten oftmals nur Zugstärke und waren isoliert. Um Helmand stabilisieren zu können, hätte Großbritannien schätzungsweise über 50.000 InfanteristInnen entsenden müssen (Ledwidge

2011: 187). Die SoldatInnen gerieten unmittelbar unter Beschuss der Taliban, welche Mörser, Raketen, Maschinengewehre und Granaten verwendeten und versuchten, britische Stellungen zu überrennen. Die britischen Truppen hatten zu wenige Versorgungshubschrauber, Fahrzeuge, Funkgeräte, schusssichere Westen und Nachtsichtgeräte (Chandrasekaran 2012: 48). Um ihr Überleben kämpfend, wechselten die SoldatInnen – wie im Irak – von den bekannten Routinen auf überlegene Feuerkraft. Diese Kehrtwende wurde dadurch ermöglicht, dass konventionelle Kriegsführung bis Mitte 2009 zwei Drittel der britischen Grundausbildung ausmachte (Catignani 2012: 523). Auch waren bis 2009 zwei Drittel der jungen OffizierInnen nicht in den Grundprinzipien von Aufstandsbekämpfung, insbesondere bezüglich der Grenzen des Militärischen, ausgebildet worden (Mumford 2011: 7).

Allerdings war die Art und Weise, wie die britischen Truppen kämpften, von Risikotoleranz geprägt. Obwohl fast alle Patrouillen – wie etwa in Sangin im Sommer 2006 – beschossen wurden und oftmals in Hinterhalte gerieten, verließen die Fallschirmjäger ihre Befestigungen, um die Initiative zu gewinnen, wie ein damaliger Oberstleutnant beschreibt (Tootal 2009: 284) Gefreite wollten selbst dann wieder patrouillieren, wenn gerade Kameraden gefallen waren (Tootal 2009: 205-206, 226). Auf der Ehrenauszeichnung für einen Soldaten, der Taliban mit Bajonett angegriffen und keine Granate in ein Gebäude geworfen hatte, da er ZivilistInnen darin vermutete, stand, dass der Soldat „die besten Charaktereigenschaften der britischen Infanterie verkörperte: Entschlossenheit, taktisches Geschick und eine völlige Vernachlässigung seiner eigenen Sicherheit“ (Telegraph Reporters 2012, eigene Übers.).

Taktisches Lernen der Taliban machte Patrouillen über Zeit noch gefährlicher. Während die Aufständischen 2006 britische Stellungen noch frontal angegriffen und dabei hohe Verluste erlitten hatten, operierten sie in den Jahren darauf unkonventionell, durch Selbstmordanschläge, Hinterhalte und insbesondere IEDs, die zur Haupttodesursache britischer SoldatInnen wurden. Trotzdem operierten diese weiterhin eng an Freund und Feind. So patrouillierten sie im August 2008 von einer Stellung aus, die US-Truppen aufgegeben hatten, in *bricks*, und der Zugführer berichtete, dass „wir trotz Unterzahl und geringerer Feuerkraft in die Offensive gegangen sind“ (Beattie 2010: 257, eigene Übers.).

Dass risikotolerante Routinen das britische Vorgehen in Helmand dominierten, spiegelte eine selbst für britische Verhältnisse verblüffend ausgeprägte Auftragstaktik wider, nach der die politische und militärische Leitungsebene dem Militär nicht nur die Durchführung des Auftrags überließ, sondern teilweise auch dessen Formulierung. Die Politik hielt sich gegenüber GenerallInnen zurück. Diese wiederum gaben operativen KommandeurInnen viel Freiraum; so ging die Strategie, kleine Einheiten nach Nord-Helmand zu entsenden, wesentlich auf einen Brigadegeneral und einen Oberst zurück (Friesendorf 2018: 235-236). Auf taktischer Ebene erhielten SoldatInnen nur minimale Weisungen. Der Auftrag eines Offiziers im Frühsommer 2006 bestand aus fünf Wörtern: „Seize Sangin and re-establish governance“ (Zitiert nach: Fergusson 2009: 197). Erst ab Oktober 2007 füllten die britischen Streitkräfte laut Theo Farrell das strategische Vakuum und verfolgten eine bevölkerungszen-

trierte Aufstandsbekämpfungsstrategie, weg von überlegener Feuerkraft und hin zu Informationsoperationen wie Warnungen an die Bevölkerung, Orte zu verlassen, in denen Kämpfe wahrscheinlich waren (Farrell 2010: 578-582). Das Verteidigungsministerium verabschiedete eine neue Doktrin, die dem US-Handbuch von 2005 ähnelte, welches wiederum teilweise auf älteren britischen Lehren basiert. So könne „die Tötung eines jugendlichen Schützen militärisch gerechtfertigt sein“, aber um den Preis eines Verlustes von „hearts and minds“ (Ministry of Defence 2007, eigene Übers.). Bei der Umsetzung dieser Vorgaben kam es jedoch zu Problemen. Sergio Catignani zeigt, dass viele taktische Einheiten weiterhin vor allem kinetisch operierten – Routinen, in militärischer Ausbildung institutionalisiert, hatten eine Eindynamik angenommen (Catignani 2012).

Ab Frühling 2009 entsandten die USA knapp 11.000 Marineinfanterie-Einheiten nach Helmand und übernahmen damit die Führung in der Provinz. Britische Patrouillen gingen weiter, wobei der Schwerpunkt nun auf der Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte lag. Im Herbst 2014 zogen die britischen Truppen ab. Zu diesem Zeitpunkt waren 447 Angehörige der britischen Streitkräfte in Afghanistan gefallen, fast alle von ihnen in Helmand (BBC News 2015). Laut britischen Kommandeuren waren eigene Opfer der Preis für die Chance einer langfristigen Stabilisierung.¹²

6.2 Folgen für die Zivilbevölkerung

Wie im Irak, so auch in Afghanistan: Die britische Truppenpräsenz – und spezifischer die britische Risikotoleranz – hatte problematische Folgen für die Zivilbevölkerung; es gab kein eindeutiges Nullsummenspiel zwischen den Normen Selbstschutz und Fremdschutz. Ihre Operationsweise machte britische Einheiten zum Ziel der Taliban und die anschließenden Kämpfe gefährdeten ZivilistInnen. Dies war insbesondere 2006 und 2007 der Fall, als kleine Einheiten in Nord-Helmand aus ihren Forts heraus patrouillierten und von Taliban angegriffen wurden. Da sich die SoldatInnen in der Unterzahl befanden, forderten sie mitunter Luftunterstützung und Artilleriebeschuss an, mit der Folge ziviler Opfer (Ledwidge 2011: 79). Schwere Waffen wurden auch genutzt, um die frontal angreifende Taliban daran zu hindern, britische Forts zu überrennen (Betz/Cormack 2009: 329-330).

Zwar interpretierten britische Truppen die Norm des Fremdschutzes großzügig – im Interesse von ZivilistInnen – und waren auf die Durchsetzung dieser Norm bedacht. Sie forderten oftmals keine Unterstützung an und verwendeten keine Sprengkörper, wenn dies ZivilistInnen gefährdet hätte (vgl. Tootal 2009). Ebenso kritisierten Truppen die routinemäßige Luftunterstützung und den Einsatz von Kampfhub-

12 Vortrag eines hochrangigen britischen Heeresoffiziers, ISAF-Hauptquartier, Kabul, 27. September 2009 (unter Anwesenheit des Autors). Diese Stabilisierung trat nicht ein. Jahre nach dem Ende der ISAF-Mission 2014 war Helmand weitgehend in der Hand der Taliban.

schraubern durch die US-Streitkräfte (Pritchard/Smith 2010: 72). Im Sommer 2007 forderte ein britischer Offizier US-Spezialkräfte auf, Sangin zu verlassen, weil deren Taktiken AnwohnerInnen gegen die westliche Militärpräsenz aufbrächten (Gall 2007).

Trotz dieser relativen Umsicht gab es aber zivile Opfer. Die geringe Truppenstärke, in Verbindung mit häufigen Patrouillen, machte den Einsatz schwerer Waffen unvermeidlich. Insbesondere zu Luftschlägen gab es mitunter keine Alternative, weil die Zeit für Verstärkung durch Bodentruppen zu kurz war und solche Kräfte ohnehin in der Anfangszeit kaum verfügbar waren. Auch verwendete Großbritannien 2007 mehr Artillerie als 2006, wobei GeneralInnen sich bemühten, Systeme als Präzisionswaffen darzustellen (House of Commons 2007: Ev 5). Laut OffizierInnen zogen Patrouillen unterhalb von Kompaniestärke intensive Angriffe auf sich. Britische Basen konnten aber kaum in Kompaniestärke patrouillieren (Betz/Cormack 2009: 329). Manche SoldatInnen, die die Mission enthusiastisch begonnen hatten, beschrieben ihre baldige Desillusionierung:

„Ich weiß, dass der Tod von Soldaten in Helmand sinnlos ist. Ich weiß, dass unsere Artilleriegeschosse und Apache-Hubschrauber, in einer tragischen Wiederholung sowjetischer Unbeholfenheit, unzählige afghanische ZivilistInnen bei der Verfolgung eines nebulösen Gegners töten werden“ (Docherty 2007: 178, eigene Übers.).

Ein anderer Beobachter schrieb:

„Ständige ‚Kollateralschäden‘, in Form von massakrierten ZivilistInnen, von Flüchtlingen und von Kleinstädten, die von Kämpfen zwischen britischen Truppen und den Taliban zerstört worden waren, konnten den Eindruck nicht verhindern, dass dies nur allzu sehr unserem eigenen kleinen Vietnam ähnelte“ (Ledwidge 2011: 3, eigene Übers.).

Kompensationszahlungen sind ein Indikator für die Folgen britischer Operationen für ZivilistInnen. Zwischen 2007 und 2013 zahlte das britische Verteidigungsministerium 563.000 britische Pfund für Vorfälle, bei denen 185 ZivilistInnen getötet wurden (Brady 2013). Die wahren Opferzahlen sind viel höher, da die Hindernisse, zivile Opfer zu melden, groß waren. Laut Frank Ledwidge geht die Zahl der von britischen Einheiten getöteten ZivilistInnen in Helmand in die Tausende (Ledwidge 2011: 172). Zahlungen deuten an, dass britische Truppen auch noch Jahre nach dem Wechsel hin zu einer bevölkerungszentrierten Aufstandsbekämpfungsstrategie im Herbst 2007 zivile Opfer verursachten (Catignani 2012: 533-534). Dies entspricht ebenso den Aussagen britischer Offiziere. Ein Hauptmann, der aus Protest gegen das britische Versagen in Afghanistan die Streitkräfte verließ, sagte, dass britische Einheiten genauso wie US-SoldatInnen Dörfer beschossen und zerbombten. Ein hochrangiger Kommandeur gestand im Herbst 2006 ein: „Wir töten viel zu viele Menschen. Sie können nicht alle Taliban sein.“ Laut dem Generalstabschef töteten die britischen Streitkräfte in der Anfangszeit „viele Bauern“ (alle zitiert nach: Dixon 2012: 31).

Auch die weiteren Negativfolgen eines engen Operierens an der Bevölkerung zeigten sich in Helmand. Wie im Irak gab es auch dort Anschuldigungen gegen britische SoldatInnen, das humanitäre Völkerrecht verletzt zu haben, einschließlich der gezielten Tötung unbewaffneter ZivilistInnen (The Sunday Times 2017). Zwar

lernte das Verteidigungsministerium aus den Skandalen im Irak und änderte die britische Doktrin, Ausbildung und Kontrolle bezüglich des Verhörens und der Festsetzung von Verdächtigen. Allerdings gab es Probleme bei der Umsetzung der neuen Regeln (Bennett 2014: 223-225). Der Dauerstress der Kampfeinsätze ist eine wichtige Kontextbedingung, um Verbrechen an ZivilistInnen zu verstehen.

Weiterhin verursachten die Taliban in ihrem Kampf gegen britische Truppen viele zivile Opfer. So verfehlten mitunter Raketen britische Basen und trafen ZivilistInnen (UNAMA 2008: 8). Noch gefährlicher waren Selbstmordanschläge und die Verwendung von IEDs, insbesondere solchen, die nicht durch Fernzündung, sondern durch Druck ausgelöst wurden. Die *United Nations Assistance Mission in Afghanistan* (UNAMA) kritisierte daher die Art und Weise, wie ISAF, insbesondere ab 2009, bevölkerungsnahe Aufstandsbekämpfung betrieb, und berichtete, dass die Präsenz militärischer Anlagen inmitten der Bevölkerung das Risiko für die Zivilbevölkerung erhöhe (UNAMA 2010). Die Aufständischen verursachten zivile Opfer nicht nur unbeabsichtigt, sondern bedrohten und töteten auch vermeintliche Kollaboratoren. ISAF konnte Gebiete weder vollständig einnehmen, noch diese halten. Dies war etwa der Fall bei Operationen vor der Präsidentenwahl im August 2009: Die Taliban infiltrierten die entsprechenden Gebiete wieder und bedrohten die dortige Bevölkerung. Daran änderte auch die Aufstockung britischer und US-Truppen in Helmand ab 2009 kaum etwas. So hängten die Taliban im Juni 2010 einen siebenjährigen Jungen im Distrikt Sangin, um dessen Familie für fehlende Unterstützung gegen die ISAF zu bestrafen (Farmer 2010).

Angesichts dieser Folgeeffekte erstaunt es nicht, dass AnwohnerInnen britische SoldatInnen nicht als BeschützerInnen sahen. Älteste in Sangin baten die britischen Truppen um einen Abzug, da die Kämpfe ihre Stadt zerstörten (Tootal 2009: 155). Aus Now Zad konnten britische Truppen die Taliban zwar 2007 vertreiben; die Kämpfe zwangen allerdings auch die gesamte Bevölkerung der Kleinstadt zur Flucht (Farrell 2010: 580). Laut UNAMA nahmen viele AfghanInnen die Präsenz ausländischer Truppen als Sicherheitsrisiko wahr und machten diese für zivile Opfer verantwortlich, unabhängig davon, wer Menschen tötete und verwundete (UNAMA 2011: 29). Auch Nichtregierungsorganisationen kritisierten Operationen inmitten der Bevölkerung, die ZivilistInnen Selbstmordanschlägen, IEDs und Morden aussetzen (Open Society Foundations 2010: 4,19). Die britische Aufstandsbekämpfungsdoktrin gestand ein, dass KommandeurInnen mit zu wenigen Truppen Probleme hätten, die Bevölkerung zu schützen und Gebiete zu halten (British Army 2009: 4–7). Am Fall Afghanistan zeigt sich, dass mehr militärisches Risiko nicht zu mehr zivilem Schutz führt.

7. Ergebnisse und Implikationen für Praxis und Forschung

Dieser Aufsatz nuanciert die Debatten über militärisches Risikomanagement: Im asymmetrischen Krieg trifft die Annahme eines Konfliktes zwischen den Normen von Selbstschutz und Fremdschutz bzw. das Postulat eines Nullsummenspiels bei

der Durchsetzung dieser beiden Normen nur bedingt zu. Militärische Risikotoleranz mag das Risiko für ZivilistInnen in Einsätzen mit niedriger Intensität verringern, etwa bei Einsätzen zum Zweck der Terrorismusbekämpfung oder Friedensförderung. Im Krieg jedoch kann militärische Risikotoleranz das Risiko für die Zivilbevölkerung paradoxeweise erhöhen. Dies zeigen die besprochenen britischen Interventionen. Auf dem Balkan hatte britische Risikotoleranz Vorteile. Britische SoldatInnen konnten BürgerInnen positiven Schutz vor der Gewalt Dritter anbieten und negative Folgen für die Bevölkerung vermeiden, ohne Kämpfe mit hohen eigenen Verlusten auszulösen. Im Irak und in Afghanistan dagegen verursachten britische SoldatInnen unbeabsichtigt zivile Opfer und eine kleine Minderheit vertüfte Verbrechen an der Bevölkerung. Ebenso verursachten Gegner der britischen Truppen unbeabsichtigt und beabsichtigt zivile Opfer. Verschiedene Bedingungen in asymmetrischen Kriegen machen ein Operieren inmitten von ZivilistInnen für diese gefährlich, insbesondere ein Mangel an Truppen und Informationen, SoldatInnen im Dauerstress und starke, rücksichtslose Gegner.

Das britische Heer ist ein Sonderfall mit einer besonders hohen Risikotoleranz. Allerdings würden andere (Teil-)Streitkräfte, wenn sie ähnlich risikotolerant wären, vermutlich ähnliche Effekte erzielen, wie die erwähnten Beispiele von US-Risikotoleranz im Irak und in Afghanistan nahelegen. Ein weiteres Merkmal ist die im Vergleich zu anderen westlichen Streitkräften starke Autonomie. Das Vorgehen des britischen Heers auf operativer und taktischer Ebene ist mehr Folge einer risikotoleranten Organisationskultur und entsprechender Routinen als nationaler politischer Entscheidungen, der internationalen Norm der Nicht-KombattantInnen-Immunität, missionsspezifischer multinationaler Mandate oder des lokalen Konfliktkontexts. Dies zeigt sich an Kontinuitäten von Praktiken wie Fußpatrouillen über Zeit und Raum.

Was sind die Implikationen der Schlussfolgerung, dass es oftmals kein Normen-Nullsummenspiel gibt, dass die Forderung nach mehr militärischer Risikotoleranz wegen der weiter bestehenden Opferaversion der meisten Staaten und Streitkräfte also nicht nur unrealistisch ist, sondern eine problematische Annahme enthält? Aus Sicht des Schutzes von ZivilistInnen ist die offensichtliche Schlussfolgerung für politische und militärische EntscheidungsträgerInnen, dass es mitunter besser sein kann, nicht inmitten der Bevölkerung zu agieren. So kritisierten die USA die Bundeswehr scharf für deren Risikoaversion in Afghanistan (Hoehn/Harting 2010: Kapitel 5). Aber der von Deutschland lange verfolgte Ansatz, sich auf Aufbauarbeit anstatt auf das Kämpfen zu konzentrieren, ist ambivalenter, wenn der Schutz der Zivilbevölkerung das Erfolgskriterium ist. Zwar konnte auch die Bundeswehr die Sicherheitslage in Nordafghanistan nicht nachhaltig verbessern, ihre relative Zurückhaltung jedoch war für die Bevölkerung weniger gefährlich als die Kampfeinsätze der USA.¹³

13 Gespräch mit einem Mitarbeiter einer Entwicklungsorganisation, Pul-e Khumri, Baghlan-Provinz, 27. Juli 2013. Der Luftangriff von Kunduz am 4. September 2009 ist die wichtigste Ausnahme.

Politik und Militär sollten bei ihrer Einsatzplanung – etwa im Rahmen von Szenarien und Planspielen – prüfen, welches militärische Risikomanagement welche Mechanismen in Gang setzen kann, die ZivilistInnen gefährden. Eine solche Prüfung sollte auf Erfahrungen aus vergangenen Einsätzen basieren. Neben dem Umstand, dass lokale Folgen nicht das Hauptkriterium von Interventionsentscheidungen sind, besteht das Problem, dass EntscheidungsträgerInnen nicht genug Daten und Informationen haben, um die Auswirkungen von unterschiedlichem Risikomanagement auf ZivilistInnen zu verstehen. Hier würde mehr empirische Forschung helfen.

Die Implikation dieses Aufsatzes für die Forschung ist, dass vereinfachte Postulate, wie das eines Normen-Nullsummenspiels, nicht ausreichen, um die Komplexität asymmetrischer Kriege zu verstehen. Nötig ist mehr Forschung über die operative und taktische Ebene, wo eine militärische Eigenlogik dominiert, wie auch über die lokalen Folgen militärischer Handlungen. Wie in der Einleitung erwähnt, leidet die sozialwissenschaftliche Forschung zu militärischem Risikomanagement unter Voreingenommenheit bei der Fallstudienauswahl. Auf noch dünnerer empirischer Grundlage bewegen sich VölkerrechtlerInnen und Gerechter Krieg-TheoretikerInnen. In Deutschland kommt hinzu, dass es wenig Forschung zu militärischen Praktiken im Krieg gibt, weil diese Art der Kriegsforschung weniger als Friedensforschung oder Kriegsursachenforschung institutionalisiert ist. Der Preis dafür ist, dass Debatten zum Krieg oder zu militärischen Interventionen eher theoretisch und normativ als auf solider empirischer Grundlage geführt werden.

Für weitere Forschung zum möglichen Konflikt zwischen den Normen Selbstschutz und Fremdschutz sind unter anderem zwei Zugänge denkbar. Erstens könnte untersucht werden, ob es in konventionellen Kriegen nicht eher einen Normenkonflikt als in asymmetrischen Kriegen gibt. Manche Bedingungen in konventionellen Kriegen – zumindest in solchen, die inmitten der Zivilbevölkerung ausgefochten werden – machen es einfacher, zivile Opfer zu vermeiden, beispielsweise die leichtere Identifizierung der gegnerischen Seite, da diese in größeren Verbänden operiert und uniformiert ist. Andere Bedingungen wie der Einsatz schwererer Waffen erhöhen dagegen das Risiko für ZivilistInnen. Die relative Bedeutung dieser Faktoren in Operationen, in denen risikotolerante Truppen kämpfen, sollte empirisch erforscht werden.

Zweitens könnte geprüft werden, ob der Normenkonflikt deutlicher beim positiven Schutz von ZivilistInnen vor der Gewalt Dritter als beim negativen Schutz, der Verhinderung ziviler Opfer, ausgeprägt ist. Die Frage, inwiefern proaktiver Schutz Selbstschutz kompromittiert, wie auch die Frage von doppelten Effekten, also der Verursachung ziviler Opfer bei Schutzoperationen, ist etwa im Rahmen von Debatten über die Durchsetzung der Normen *Protection of Civilians* und der *Responsibility to Protect* unterbelichtet.

Forschung zu Risikomanagement und seinen Folgen ist eine methodische Herausforderung, wie in der Einleitung erwähnt, und kann daher keine exakte Wissenschaft sein. Aufgrund von Schwierigkeiten wie fehlendem Zugang zu den Orten, an denen ZivilistInnen getötet wurden, mangelt es selbst an grundlegenden Daten wie

zivilen Opferzahlen. Qualitative, kontextsensible Fallstudienanalyse, die probabilistische Mechanismen durch Prozessanalyse herausarbeitet, auf empirische Lücken hinweist und Kausalargumente vorsichtig formuliert, ist ein vielversprechender Ansatz. Bei der Informationsbeschaffung ist ein enger Kontakt zwischen ForscherInnen und den involvierten AkteurInnen nötig, in Form von Interviews mit SoldatInnen nach ihren Einsätzen, der Beobachtung von SoldatInnen im Feld, der Befragung und Beobachtung von ZivilistInnen wie auch – idealerweise – der militärischen GegnerInnen.

Prozessanalyse kann durch kontrafaktische Argumentation ergänzt werden, die – wenn ordentlich durchgeführt – weniger als Messung, aber mehr als Spekulation ist. Eine solche Argumentation kann etwa die Vorteile eines alternativen militärischen Vorgehens für ZivilistInnen plausibel machen. Kaempf beispielsweise untersucht, ob ein alternatives Vorgehen des US-Militärs wie der Einsatz von Bodentruppen anstelle von Luftschlägen in Somalia, Afghanistan und dem Irak die Gerechte Krieg-Kriterien von *due care* besser erfüllt hätte (Kaempf 2019). Auch impliziert jede Behauptung positiver Schutzeffekte ein kontrafaktisches Szenario, wonach im Falle eines militärischen Nicht-Eingreifens ZivilistInnen getötet worden wären. Die Forschung zu den Folgen von militärischem Risikomanagement ist also nicht einfach. Dies sollte aber kein Grund sein, sich nicht intensiver mit dem Thema zu beschäftigen.

Literatur

- Abdul-Ahad, Ghaith* 2007: "Welcome to Tehran". How Iran Took Control of Basra, in: <https://www.theguardian.com/world/2007/may/19/iraq-iran>; 10.2.2019.
- Action on Armed Violence* 2014: A Tale of Two Cities. The Use of Explosive Weapons in Basra and Fallujah, Iraq, 2003-4, in: https://aoav.org.uk/wp-content/uploads/2015/02/AOA_V-A-tale-of-two-cities-explosive-weapons-in-Basra-and-Fallujah-Iraq-2003-2004.pdf, 16.8.2018.
- Amnesty International* 2004: Killings of Civilians in Basra and al-'Amara, in: <https://www.amnesty.org/download/Documents/100000/mde140072004en.pdf>; 10.2.2019.
- Auerswald, David P./Saideman, Stephen M.* 2014: NATO in Afghanistan. Fighting Together, Fighting Alone, Princeton, NJ.
- Barber, Rebecca* 2010: The Proportionality Equation. Balancing Military Objectives with Civilian Lives in the Armed Conflict in Afghanistan, in: Journal of Conflict & Security Law 15: 3, 467-500.
- BBC News* 2006: UK Troops Storm Iraqi Police HQ, in: http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/6208535.stm; 25.7.2018.
- BBC News* 2015: UK Military Deaths in Afghanistan, in: www.bbc.com/news/uk-10634173; 24.8.2018.
- Beattie, Doug* 2010: Task Force Helmand. A Soldier's Story of Life, Death and Combat on the Afghan Front Line, London.
- Bell, Arvid/Friesendorf, Cornelius* 2014: Ziel verfehlt. Die Mitverantwortung der NATO für zivile Opfer in Afghanistan (HSFK Standpunkte 6/2014), Frankfurt a.M.
- Bennett, Huw* 2014: The Baha Mousa Tragedy. British Army Detention and Interrogation from Iraq to Afghanistan, in: The British Journal of Politics and International Relations 16: 2, 211-229.

- Betz, David/Cormack, Anthony* 2009: Iraq, Afghanistan and British Strategy, in: Orbis 53: 2, 319-336.
- Bode, Invild/Karlsrud, John* 2018: Implementation in Practice. The Use of Force to Protect Civilians in United Nations Peacekeeping, in: European Journal of International Relations (online first), DOI: 10.1177/1354066118796540.
- Brady, Brian* 2013: MoD Paid £3,000 Compensation for Afghans Killed by UK Military, in: <https://www.independent.co.uk/news/uk/politics/mod-paid-3000-compensation-for-afghans-killed-by-uk-military-8833059.html>; 10.2.2019.
- British Army* 2008: The Aitken Report. An Investigation into Cases of Deliberate Abuse and Unlawful Killing in Iraq in 2003 and 2004, London.
- British Army* 2009: Field Manual Volume 1, Part 10. Counteracting Insurgency, London.
- British Army* 2010: Operations in Iraq January 2005 – May 2009. An Analysis from the Land Perspective, in: https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/557326/20160831-FOI07003_77396_Redacted.pdf; 27.7.2018.
- Caniglia, Richard R.* 2001: US and British Approaches to Force Protection, in: Military Review 81: 4, 73-81.
- Carroll, Rory/Norton-Taylor, Richard* 2002: British Soldier Killed in Kabul, in: <https://www.theguardian.com/world/2002/apr/10/afghanistan.richardnortontaylor1>; 10.2.2019.
- Cassidy, Robert M.* 2008: Counterinsurgency and the Global War on Terror. Military Culture and Irregular War, Stanford, CA.
- Catignani, Sergio* 2012: Getting COIN at the Tactical Level in Afghanistan. Reassessing Counter-Insurgency Adaptation in the British Army, in: Journal of Strategic Studies 35: 4, 513-539.
- Chandrasekaran, Rajiv* 2012: Little America. The War Within the War for Afghanistan, London.
- Chin, Warren* 2008: Why Did It All Go Wrong? Reassessing British Counterinsurgency in Iraq, in: Strategic Studies Quarterly 2: 4, 119-135.
- Cobain, Ian* 2017: British Troops Breached Geneva Conventions in Iraq, High Court Rules, in: <https://www.theguardian.com/world/2017/dec/14/british-troops-breached-geneva-conventions-in-iraq-high-court-rules>; 10.2.2019.
- Dandeker, Christopher/Gow, James* 1999: Military Culture and Strategic Peacekeeping, in: Small Wars & Insurgencies 10: 2, 58-79.
- Di Giovanni, Janine* 2000: Britons Dig in At Kosovo Flashpoint, in: The Times, 20.12.2000.
- Dimbleby, Jonathan* 2000: Catastrophe, in: Daily Mail, 15.1.2000.
- Dixon, Paul* 2012: The British Approach to Counterinsurgency. "Hearts and Minds" from Malaya to Afghanistan?, in: Dixon, Paul (Hrsg.): The British Approach to Counterinsurgency: From Malaya and Northern Ireland to Iraq and Afghanistan, London, 1-48.
- Docherty, Leo* 2007: Desert of Death. A Soldier's Journey from Iraq to Afghanistan, London.
- Farmer, Ben* 2010: Life Under the Taliban. How a Boy of Seven Was Hanged to Punish His Family, in: www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/afghanistan/7823404/Life-under-the-Taliban-how-a-boy-of-seven-was-hanged-to-punish-his-family.html; 15.8.2018.
- Farrell, Theo* 2010: Improving in War. Military Adaptation and the British in Helmand Province, Afghanistan, 2006-2009, in: Journal of Strategic Studies 33: 4, 567-594.
- Fergusson, James* 2009: A Million Bullets. The Real Story of the British Army in Afghanistan, London.
- Friesendorf, Cornelius* 2018: How Western Soldiers Fight. Organizational Routines in Multi-national Missions, Cambridge.
- Gage, Sir William* 2011: The Report of the Baha Mousa Inquiry, London.
- Gall, Carlotta* 2007: British Criticize Air Attacks in Afghan Region, in: <https://www.nytimes.com/2007/08/09/world/asia/09casualties.html>; 10.2.2019.
- Gardam, Judith* 2006: Necessity, Proportionality and the Use of Force by States, Cambridge.

- Gow, James 2006: The ICTY, War Crimes Enforcement and Dayton. The Ghost in the Machine, in: *Ethnopolitics* 5: 1, 49-65.
- Hazelton, Jacqueline L. 2017: The “Hearts and Minds” Fallacy. Violence, Coercion, and Success in Counterinsurgency Warfare, in: *International Security* 42: 1, 80-113.
- Hoehn, Andrew R./Harting, Sarah 2010: Risking NATO. Testing the Limits of the Alliance in Afghanistan, Santa Monica, CA.
- House of Commons* 2004: Lessons of Iraq. Third Report of Session 2003-04, Volume I: Report, London.
- House of Commons* 2006: UK Operations in Iraq. Thirteenth Report of Session 2005-06, London.
- House of Commons* 2007: UK Operations in Afghanistan. Thirteenth Report of Session 2006-07, London.
- Hultman, Lisa 2010: Keeping Peace or Spurring Violence? Unintended Effects of Peace Operations on Violence Against Civilians, in: *Civil Wars* 12: 1-2, 29-46.
- Human Rights Watch* 2003: Basra, Crime and Insecurity under British Occupation, in: <https://www.hrw.org/report/2003/06/02/basra/crime-and-insecurity-under-british-occupation>; 10.2.2019.
- International Committee of the Red Cross* o.J.: Practice Relating to Rule 23. Location of Military Objectives Outside Densely Populated Areas, in: https://ihl-databases.icrc.org/customary-ihl/eng/docs/v2_rul_rule23; 25.8.2018.
- International Crisis Group* 2007: Where is Iraq Heading? Lessons from Basra, Middle East Report N°67, in: <https://www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/gulf-and-arabian-peninsula/iraq/where-iraq-heading-lessons-basra>; 10.2.2019.
- Iraq Body Count* 2014: IBC’s Response to General Sir Mike Jackson, in: www.iraqbodycount.org/analysis/numbers/killed-by-uk-forces/; 24.5.2018.
- Jackson, Ashley 2010: Nowhere to Turn. The Failure to Protect Civilians in Afghanistan, in: www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/bn-nowhere-to-turn-afghanistan-191110-en.pdf, 25.8.2018.
- Jackson, Mike 2007: Soldier. The Autobiography, London.
- Kaempf, Sebastian 2018: Saving Soldiers or Civilians? Casualty-Aversion Versus Civilian Protection in Asymmetric Conflicts, Cambridge.
- Kaldor, Mary 2005: New & Old Wars: Organized Violence in a Global Era, Cambridge.
- Kalyvas, Stathis 2006: The Logic of Violence in Civil War, New York, NY.
- Kasher, Asa/Yadlin, Amos 2005: Military Ethics of Fighting Terror. An Israeli Perspective, in: *The Journal of Military Ethics* 4: 1, 3-32.
- Kerr, Rachel 2008: A Force for Good? War, Crime and Legitimacy. The British Army in Iraq, in: *Defense & Security Analysis* 24: 4, 401-419.
- Kilcullen, David 2009: The Accidental Guerilla. Fighting Small Wars in the Midst of a Big One, Oxford.
- Larsdotter, Kersti 2008: Exploring the Utility of Armed Force in Peace Operations. German and British Approaches in Northern Afghanistan, in: *Small Wars & Insurgencies* 19: 3, 352-373.
- Ledwidge, Frank 2011: Losing Small Wars. British Military Failure in Iraq and Afghanistan, New Haven, CT.
- Levy, Yagil 2012: Israel’s Death Hierarchy. Casualty Aversion in a Militarized Democracy, New York, NY.
- Long, Austin 2016: The Soul of Armies. Counterinsurgency Doctrine and Military Culture in the US and UK, Ithaca, NY.
- Loyd, Anthony 1999: Paratroopers Shot Kosovars “In the Back”, in: *The Times*, 5.7.1999.
- Mandel, Robert 2004: Security, Strategy and the Quest for Bloodless War, Boulder, CO.
- McGrory, Daniel 1999: Paras Kill Off-duty Serb Policeman, in: *The Times*, 14.6.1999.
- McMahan, Jeff 2010: The Just Distribution of Harm Between Combatants and Noncombatants, in: *Philosophy & Public Affairs* 38: 4, 342-379.

- Meernik, James* 2005: Justice and Peace? How the International Criminal Tribunal Affects Societal Peace in Bosnia, in: *Journal of Peace Research* 42: 3, 271-289.
- Miller, William* 1992: The British Experience in Northern Ireland. A Model for Modern Peace-making Operations?, in: <https://apps.dtic.mil/dtic/tr/fulltext/u2/a264419.pdf>; 10.2.2019.
- Ministry of Defence* 1995: Army Field Manual Volume 5. Operations Other Than War, Section B: Counter Insurgency Operations, London.
- Ministry of Defence* 2007: Army Field Manual Volume 1: Combined Arms Operations, Part 10. Counter Insurgency Operations (Strategic and Operational Guidelines), Revised and Updated Version, London.
- Ministry of Defence* 2015: UK Armed Forces Operational Deaths Post World War II, London.
- Morin, Monte* 2006: British Soldiers Stress "Soft Posture" in Iraq, in: www.stripes.com/news/british-soldiers-stress-soft-posture-in-iraq-1.49312; 24.8.2018.
- Mumford, Andrew* 2011: Puncturing the Counterinsurgency Myth. Britain and Irregular Warfare in the Past, Present, and Future, in: <https://ssi.armywarcollege.edu/pubs/download.cfm?q=1086>; 10.2.2019.
- NATO* 2015: NATO Standard AJP-3.14, Allied Joint Doctrine for Force Protection, Edition A, Version 1, Brüssel.
- Neely, Bill* 2003: Crime-Racked Basra Calls on British Troops to Get Tougher, in: www.independent.co.uk/news/world/middle-east/crime-racked-basra-calls-on-british-troops-to-get-tougher-90972.html; 24.8.2018.
- Neuffer, Elizabeth* 2001: The Key to My Neighbour's House. Seeking Justice in Bosnia and Rwanda, London.
- Newsinger, John* 1995: From Counter-Insurgency to Internal Security. Northern Ireland 1969-1992, in: *Small Wars & Insurgencies* 6: 1, 88-111.
- Oeter, Stefan* 2008: Methods and Means of Combat, in: Fleck, Dieter (Hrsg.): *The Handbook of International Humanitarian Law*, Second Edition, Oxford, 119-235.
- Open Society Foundations* 2010: The Trust Deficit. The Impact of Local Perceptions on Policy in Afghanistan, in: https://www.opensocietyfoundations.org/sites/default/files/permissions-20101007_0.pdf; 10.2.2019.
- Pringle, James* 2000: Green Jackets Take on Hate City, in: *The Times*, 19.2.2000.
- Pritchard, James/Smith, M.L.R.* 2010: Thompson in Helmand. Comparing Theory to Practice in British Counter-insurgency Operations in Afghanistan, in: *Civil Wars* 12: 1-2, 65-90.
- Raymend, Sean* 2008: Basra's Last Battle. The Untold Story, in: www.telegraph.co.uk/news/uknews/1580476/Basras-last-battle-the-untold-story.html; 24.8.2018.
- Ruffa, Chiara* 2018: Military Cultures in Peace and Stability Operations. Afghanistan and Lebanon, Philadelphia, PA.
- Sands, Phil* 2006: Interpreters Used by British Army "Hunted Down" by Iraqi Death Squads, in: www.independent.co.uk/news/world/middle-east/interpreters-used-by-british-army-hunted-down-by-iraqi-death-squads-424660.html; 7.8.2018.
- Sands, Sarah* 2006: Sir Richard Dannatt: A Very Honest General, in: www.dailymail.co.uk/news/article-410175/Sir-Richard-Dannatt--A-honest-General.html; 24.8.2018.
- Shaw, Martin* 2005: The New Western Way of War. Risk-Transfer War and its Crisis in Iraq, Cambridge.
- Smith, Jeffrey R.* 1999: A GI's Home Is His Fortress, in: *The Washington Post*, 5.10.1999.
- Steele, Jonathan* 1996: Hidden Protectors, in: *The Guardian*, 13.6.1996.
- Telegraph Reporters* 2012: Soldier Who Led Afghanistan Bayonet Charge into Hail of Bullets Honoured, in: www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/afghanistan/9571522/Soldier-who-led-Afghanistan-bayonet-charge-into-hail-of-bullets-honoured.html; 24.8.2018.
- The Iraq Fatalities Investigation* 2015: Consolidated Report into the Death of Nadheem Abdullah and the Death of Hassan Abbas Said, London.
- The Iraq Fatality Investigations* 2016: Report into the Death of Muhammad Abdul Ridha Salim, London.

- The Iraq Inquiry* 2016: Report Published on 6 July with a Public Statement of Sir John Chilcot, in: <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123122743/http://www.iraqinquiry.org.uk/the-report/>; 27.7.2018.
- The Sunday Times* 2017: Rogue SAS Unit Accused of Executing Civilians in Afghanistan, in: <https://www.thetimes.co.uk/article/rogue-sas-unit-accused-of-executing-civilians-in-afghanistan-f2bqlc897>; 10.2.2019.
- Thornton, Rod* 2005: Historical Origins of the British Army's Counterinsurgency and Counter-terrorist Techniques, in: Winkler, Theodor H./Ebnöther, Anja H./Hansson, Mats B. (Hrsg.): Combating Terrorism and Its Implications for the Security Sector, Stockholm, 26-44.
- Tirman, John* 2011: The Deaths of Others. The Fate of Civilians in America's War, Oxford.
- Tootal, Stuart* 2009: Danger Close. The True Story of Helmand from the Leader of 3 Para, London.
- Townsend, Mark* 2006: A Tragedy of Errors, in: www.theguardian.com/world/2006/jan/08/iraq.military; 24.8.2018.
- U.S. Army* 2009: Tactics in Counterinsurgency. Field Manual Interim 3-42.2, Washington, DC.
- U.S. Army Peacekeeping and Stability Operations Institute* 2000: SFOR Lessons Learned in Creating a Secure Environment with Respect for the Rule of Law, Carlisle, PA.
- U.S. Marine Corps* 1998: Urban Patrolling Tactics, Techniques and Procedures (TTPs): Military Operations on Urbanized Terrain (MOUT), Quantico, VA.
- UNAMA* 2008: Civilian Casualties During 2007, in: <https://unama.unmissions.org/sites/default/files/poc-civilian-casualties-report-2007.pdf>; 10.2.2019.
- UNAMA* 2010: Afghanistan. Annual Report on Protection of Civilians in Armed Conflict 2009, in: https://unama.unmissions.org/sites/default/files/protection_of_civilian_2009_report_english_1.pdf; 10.2.2019.
- UNAMA* 2011: Afghanistan Annual Report 2010. Protection of Civilians in Armed Conflict, in: https://unama.unmissions.org/sites/default/files/engi_version_of_poc_annual_report_2011.pdf; 10.2.2019.
- Walzer, Michael* 2006: Just and Unjust Wars. A Moral Argument with Historical Illustrations, Fourth Edition, New York, NY.
- Watts, Stephen* 2008: Air War and Restraint. The Role of Public Opinion and Democracy, in: Evangelista, Matthew/Müller, Harald/Schörnig, Niklas (Hrsg.): Democracy and Security. Preferences, Norms and Policy-Making, London, 53-71.
- Watts, Stephen/Campbell, Jason H./Johnston, Patrick B./Lalwani, Sameer/Bana, Sarah H.* 2014: Countering Others' Insurgencies. Understanding U.S. Small-Footprint Interventions in Local Context, Santa Monica, CA.
- Whitehead, Tom* 2011: British Troops in Iraq Had a Duty Under Human Rights Laws, European Court Rules, in: <https://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/middleeast/iraq/8623175/British-troops-in-Iraq-had-a-duty-under-human-rights-laws-European-court-rules.html>; 10.2.2019.
- Wither, James K.* 2009: Basra's Not Belfast. The British Army, "Small Wars" and Iraq, in: Small Wars & Insurgencies 20: 3-4, 611-635.
- Wyatt, Caroline* 2009: UK Combat Operations End in Iraq, in: http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/8016685.stm; 25.8.2018.
- Zaalberg, Thijs W.* 2006: Soldiers and Civil Power. Supporting or Substituting Civil Authorities in Modern Peace Operations, Amsterdam.